



Verband der Lehrer
an beruflichen Schulen
in Bayern e.V.

akzente

Berufliche Bildung
in Bayern

Unsere Themen

Lebenslanges Lernen

Symposium zur
Dienstrechtsreform

Annahme von Geschenken
durch Lehrkräfte

Sport in der Berufsschule

Aktuelles zu Beihilfe und
Arbeitszimmer

2007 Baustelle Bildungspolitik

Der VLB
als verlässlicher
Partner für Ihre
Anliegen!



HERAUSGEBER
 Hans Käfler, Landesvorsitzender,
 Verband der Lehrer an
 beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
 VLB Verlag e.V.
 Dachauer Straße 4, 80335 München
 Telefon: 0 89 - 59 52 70
 Telefax: 0 89 - 5 50 44 43
 Internet: www.vlb-bayern.de
 E-Mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION
 Hans Preißl
 Bergweg 1, 94051 Hauzenberg
 Telefon: 0 85 86 - 9 78 68 13
 Telefax: 0180 - 50 60 33 76 44 95
 E-Mail: preissl@vlb-bayern.de
 Martin Ruf
 Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
 Telefon: 09 31 - 66 14 15
 Telefax: 09 31 - 6 60 72 91
 E-Mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG
 Andrea Götzke
 Telefon: 0 89 - 59 52 70
 Telefax: 0 89 - 5 50 44 43
 E-Mail: goetzke@vlb-bayern.de
 Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
 Dachauer Straße 4, 80335 München

GESTALTUNG
 signum3 oHG
 Im Graben 6, 97204 Höchberg
 Telefon: 09 31 - 4 52 09 90
 Telefax: 09 31 - 4 52 75 98
 E-Mail: gc@signum3.de

DRUCK
 Böhler Verlag GmbH
 Seilerstraße 10, 97084 Würzburg
 Telefon: 09 31 - 6 34 31
 Telefax: 09 31 - 61 17 84

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS
 „VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
 Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG
 Die Kündigung kann bis drei Monate vor
 Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT
 Die veröffentlichten Beiträge sind
 urheberrechtlich geschützt.
 Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
 Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE
 Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
 durch die Redaktion als angenommen.
 Für unverlangt eingesandte Manuskripte
 übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, insbeson-
 dere Leserbriefe, müssen sich nicht
 mit der Meinung des Herausgebers und
 der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-
 tationsdienst der Ständigen Konferenz der
 Kultusminister der Länder, im Dokumen-
 tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
 und im Dokumentationsring DOPAED
 bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS
 für Heft 02: 08.01.2007
 für Heft 03-04: 12.02.2007
 für Heft 05: 16.04.2007

ISSN 0942 - 6930

Thema des Tages

- 3 Hans Käfler: 2007 – der VLB stellt sich den Herausforderungen

Bildungspolitik

- 4 Heiko Pohlmann: „Bildung ist teuer – teurer ist nur: Keine Bildung“
- 6 Heiko Pohlmann: Lebenslanges Lernen
- 7 KMK: Ergebnisse der Kultusministerkonferenz in Brüssel
- 8 Europäischer Rat und EU-Parlament: Aktionsprogramm „Lebenslanges Lernen“
- 10 DIHK: Unterstützung der Schulen lässt auf sich warten
- 10 Hans Preißl: 15. Shell Jugendstudie – Jugend 2006

Dienstrecht

- 12 Wolfgang Lamb: Symposium zur Dienstrechtsreform
- 14 Hans Preißl: Grundlagenschulung für Personalräte
- 17 KM: Annahme von Geschenken durch Lehrkräfte
- 18 Hans Preißl: Lehrer muss Schulbücher nicht selbst bezahlen
- 18 BBB: Beamtenbund fordert flexiblen Ruhestandseintritt

Die Lehrerseite

- 23 Peter Thiel: 200 Jahre berufliche Bildung in Würzburg

Pädagogik und Unterricht

- 25 Thomas Oschmann: Sportunterricht an der Berufsschule

Schulentwicklung

- 27 Dr. Gerhard Kellner: Eigenverantwortliche Schule
- 28 Margit Schwandt: Berufsausbildung in China nach bayerischem Vorbild
- 28 Dietmar Leischner: Berufsbildung darf und muss kosten – von Nachbarn lernen

Aus dem Verbandsleben

Bezirksverbände

- 31 BV Oberfranken
- 32 BV Unterfranken

Personalien

- 32 Termine

Für Sie persönlich

- 35 Informationen zum neuen Beihilferecht in Bayern
- 36 Helmut Lang: Beamte haben Versorgungslücken
- 36 Bayerische Ferienordnung in den kommenden Jahren

Bücher/Medien

- 38 Nachrichtliches

Letzte Umschlagseite

- 40 Aktuelles zur steuerlichen Behandlung des Arbeitszimmers

Beihefter

- 18 Jahreshaltsverzeichnis 2006

2007 – der VLB stellt sich den Herausforderungen



HANS KÄFLER

Hinter uns liegt ein Jahr mit vielen bildungspolitischen Entscheidungen, deren Sinnhaftigkeit ganz unterschiedlich bewertet werden kann - als Beispiele nenne ich nur das Rauch- und Handyverbot oder die zukünftig fehlende Möglichkeit, das häusliche Arbeitszimmer steuerlich geltend zu machen auf der einen Seite und das Lehrerbildungsgesetz oder die Stellenmehrung bei den Lehrkräften im neuen Doppelhaushalt auf der anderen Seite. Betrachtet man den näher rückenden Termin für die Landtagswahlen und die parteiinternen Querelen der CSU, so steht für das kommende Jahr zu befürchten, dass sich populistisch motivierte und wenig durchdachte Aktionen wie das Rauchverbot auf dem gesamten Schulgelände auch im bevorstehenden Jahr wiederholen könnten. Die Probleme, die seit Jahren anstehen und auf die wir seit Jahren hinweisen, vertragen Schnellschüsse jedoch nicht!

So gab das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) jüngst bekannt, dass im Jahr 2006 wiederum rund 160.000 Jugendliche leer ausgegangen seien. Diese Zahl liegt mehr als dreimal so hoch wie der von Bundesregierung, Bundesagentur für Arbeit und der deutschen Wirtschaft genannte Wert von 49.500. Tatsächlich habe nur jeder zweite Bewerber um eine Lehrstelle vermittelt werden können, betont das IAB. Die andere Hälfte

der Jugendlichen absolviere stattdessen eine Warteschleife, um sich im neuen Jahr wieder in die Bewerber-schlange einzureihen.

Seit Jahren weist der VLB darauf hin, dass diese Jugendlichen eine Berufsausbildung und keine Berufsvorbereitung brauchen. Mit dem Anspringen der Konjunktur sind prompt auch schon die ersten Klagen aus der Wirtschaft über fehlende Facharbeiter vernehmbar. Vielleicht ist es den immer kurzfristiger getakteten Unternehmen wirklich nicht möglich, sozusagen auf Vorrat auszubilden. Umso dringender ist deshalb unsere Forderung an die Politik, diese langfristige Aufgabe der Schaffung schulischer oder überbetrieblicher Ausbildungsmöglichkeiten selbst in die Hand zu nehmen.

Nur einen „Schuss“ hat der bayerische Kultusminister offensichtlich bei der bevorstehenden Hauptschulreform. Nachdem die Diskussion über das dreigliedrige Schulsystem in Bayern vorerst - zumindest in der CSU - entschieden zu sein scheint, soll die Reform zwei Probleme lösen:

1. Das leidige Thema Ausbildungsreife soll durch intensivere individuelle Förderung der Kulturtechniken und durch eine stärkere berufliche Orientierung der Hauptschulen angegangen werden und so

2. durch eine Steigerung der Attraktivität der Hauptschule ein flächendeckendes Angebot erhalten bleiben.

Dazu soll u.a. die Kooperation zwischen Haupt- und Berufsschule verstärkt werden. Wie das bei dem zahlenmäßigen Ungleichgewicht zwischen den beiden Schularten erreicht werden soll, ist allerdings derzeit noch völlig unklar.

Vorsichtig geworden nach den Schnellschüssen des bayerischen Ministerpräsidenten nach der letzten Landtagswahl haben sämtliche Lehrerverbände und der bayerische Beamtenbund in deutlichen Worten und lautstark die Staatsregierung aufgefor-

dert, ihre Vorstellungen über die Neugestaltung des Beamtenrechts nach der Föderalismusreform noch vor der nächsten Landtagswahl klarzustellen. Der Ministerpräsident und der Finanzminister haben daraufhin zugesagt, die Eckpunkte für das neue Beamtenrecht und insbesondere für die beabsichtigten Leistungselemente im Besoldungssystem bis 2008 gemeinsam mit dem bayerischen Beamtenbund festzulegen. Insofern wird 2007 für die Zukunft der bayerischen Beamten ein entscheidendes Jahr!

Nach intensiven Gesprächen mit dem Kultusminister und seinem Ministerium ist es dem VLB gelungen, im Zusammenhang mit der geplanten beruflichen Oberschule die Gefahren für die BOS zu beseitigen. Nun droht plötzlich Gefahr von einer ganz anderen Seite: die Bundesregierung plant, die BAföG-Sätze zu erhöhen. Eigentlich eine löbliche Absicht. Finanziert werden sollen diese Verbesserungen allerdings durch Einsparungen bei der Kollegiatenförderung. Künftig sollen nur noch Schüler, die das Abitur nachholen wollen, gefördert werden, wenn sie aus dem Berufsleben kommen. Voraussetzung soll eine mehrjährige berufliche Tätigkeit sein. Das würde bedeuten, dass unsere BOS-Schüler, die ja meist unmittelbar nach der Berufsausbildung auf die BOS wechseln, ihre elternunabhängige Förderung verlieren würden. Nach Überzeugung aller Kenner der BOS würde das auf Dauer das Ende der flächendeckenden Berufsoberschule bedeuten. Diese Entwicklung, die fast nur Bayern mit seiner starken BOS treffen würde, muss unbedingt verhindert werden. Verehrte Leser, ich bitte Sie dringend, mit dem VLB dafür zu kämpfen, dass unsere BOS-Schüler auch in Zukunft elternunabhängig gefördert werden, damit diese bayerische Spezialität der Förderung von Begabungsreserven auch in Zukunft erhalten bleibt!

Sie sehen, verehrte Leser, Dienstrechts- und Bildungspolitik bleiben spannend. Es gibt genügend Felder, auf denen der VLB und seine Mitglieder im Streit für eine positive Entwicklung auch im kommenden Jahr gefordert sein werden. <

Bildungspolitische Tagung in Berlin:

„Bildung ist teuer, teurer ist nur: keine Bildung!“

HEIKO POHLMANN

Im Rahmen einer Fortbildungsveranstaltung der Regierung von Oberfranken hat der Bundesverband der Lehrer und Lehrerinnen an beruflichen Schulen (BLBS) unter der Leitung seines Bundesvorsitzenden, Berthold Gehlert, eine bildungspolitische Tagung für die Schulleiter beruflicher Schulen des Regierungsbezirkes organisiert.

Dankenswerter Weise hatte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) Räumlichkeiten im Haus der Deutschen Wirtschaft hierfür zur Verfügung gestellt. Als guter Gastgeber hatte sie auch für angenehme Rahmenbedingungen und ein Mittagessen gesorgt

Positionen und Initiativen der BDA

„Bildung ist teuer, teurer ist nur: keine Bildung!“, mit dieser Aussage machte die Abteilungsleiterin Bildung/berufliche Bildung bei der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Dr. Barbara Dorn, die bildungspolitische Position der BDA klar. So habe die BDA, so Dorn weiter, zahlreiche Broschüren herausgegeben, in denen sie ihre Vorstellungen über die Bedeutung der Bildung für die Zukunft dargelegt habe. „Bildung schafft Zukunft“ ist eine solche Broschüre oder auch „Schule 2015“, die dazu dienen sollen, den Schulen klar zu machen, dass die Leistungsfähigkeit der Unternehmen und die Stabilität der gesellschaftlichen und politischen Institutionen viele der neuen Herausforderungen verdeckt habe. Deutschland mache sich verspätet auf den Weg, um Antworten darauf zu finden. Auch wenn noch über die Art und Weise der Veränderungen diskutiert werde, so habe sich doch ein Konsens herausgebildet: Reformen sind in allen Bereichen notwendig und die-

se müssten durchgreifend und grundlegend sein. Bildung habe hier eine äußerst wichtige Funktion, denn sie schaffe Zukunft, für die Menschen, die Wirtschaft und das ganze Land und müsse sich auf die neuen Herausforderungen ausrichten und die notwendigen Reformen konsequent umsetzen.

Aus diesem Grund fördere die BDA zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit und den Gewerkschaften auch Programme zur Unterstützung leistungsschwächerer Schüler und kümmere sich intensiv um die Nachvermittlung von Jugendlichen, die bisher keine Lehrstelle bekommen haben. Der Schwerpunkt der Arbeit auf diesem Gebiet liege zur Zeit an der Nahtstelle zwischen allgemeinbildenden Schulen und dem Beginn der Ausbildung. Hier könnten, so Dr. Dorn, die der Kultusministerkonferenz (KMK) auf den Weg gebrachten Bildungsstandards sicher dazu beitragen, dieses Problem langfristig zu lösen. Kurzfristig könnten die Einrichtung von Praxisklassen an den Hauptschulen, Gespräche mit den Lehrern, die Förderung der Werteerziehung oder die Einführung eines Qualitätsmanagements an den allgemeinbildenden Schulen zur Lösung beitragen.

Das Netzwerk Schule/Wirtschaft, das in allen größeren Städten in Deutschland vertreten ist, besteht seit 53 Jahren, betonte die Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft Schule/Wirtschaft bei der BDA, Gerit Witschäß, und hat maßgeblich dazu beigetragen, diese vorher genannten Ideen in die Praxis umzusetzen. So sei im Rahmen des Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland, dem der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK), der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), die BDA, der Bundesverband der Deut-

schen Industrie (BDI), die zuständigen Bundesministerien und die Bundesagentur für Arbeit (BA) angehören, ein „Kriterienkatalog zur Ausbildungsreife“ erstellt worden. Schulische Basiskennnisse werden hier ebenso dargestellt wie psychologische und physische, aber auch besondere Merkmale des Arbeitsverhaltens. In der langjährigen partnerschaftlichen Zusammenarbeit in diesem Netzwerk zwischen Schule und Wirtschaft, so Witschäß weiter, würden zur Zeit Themen wie Verbesserung der Berufsorientierung, der ökonomischen Bildung, der Eigenverantwortlichkeit der Schulen oder die Verbesserung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts bearbeitet.

In der Diskussion ergaben sich interessante Aspekte aus der Sicht der Arbeitgeber:

Geplant ist eine Flexibilisierung der Ausbildungszeiten, die sich in einer Verkürzung, aber auch in einer Verlängerung zeigen kann, wenn man die Ausbildung modularisiert.

Diskutiert wird auch, die Abschlussprüfung stark zu reduzieren und die schriftlichen Prüfungen in die Eigenverantwortung der Schulen zu verlegen.

Ziele des Handwerks

Die bildungspolitischen Vorstellungen des Zentralverbands des deutschen Handwerks (ZDH) stellte Dr. Friedrich Hubert Esser, Leiter der Abteilung berufliche Bildung und Sprecher der Arbeitsgruppe Nationaler Qualifikationsrahmen beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) dar. Als wichtig ist anzusehen, dass das Handwerk von einer breiten beruflichen Qualifikation ausgeht und eine Modularisierung der Berufsausbildung ablehnt. Hier einige seiner sehr wichtigen Aussagen und Forderungen:

Verstärkung einer ganzheitlichen Betrachtungsweise in der beruflichen Bildung

Die gesamte Wertschöpfungskette von Erziehung, Bildung und Qualifizierung muss hier eingeschlossen werden. Das heißt, dass Berufsbildung in den Familien beginnt und in den Kin-

dergärten und Schulen fortgesetzt wird. Strukturkonzepte zur Reform der beruflichen Bildung haben diesen ganzheitlichen Ansatz in Zukunft zu berücksichtigen, da sonst keine nachhaltigen Verbesserungen bei der Schul-, Ausbildungs- und Hochschulreife zu erwarten sind.

Differenzierung und damit Flexibilisierung der beruflichen Bildung

Das Handwerk muss für Schulabgänger aller Schulformen attraktiv sein. Deshalb braucht das Handwerk entsprechend auf unterschiedliche Leistungsstärken zugeschnittene Ausbildungsangebote. Gestufte Ausbildungskonzepte, bspw. Speiseeishersteller/Konditor sind eine interessante Variante, um mehr Differenzierung in die Ausbildung zu integrieren. Darüber hinaus muss handwerkliche Ausbildung in allen Berufen die Schlüsselqualifikationen der Wissensgesellschaft fördern. Das heißt, dass praxistaugliche Zusatzqualifikationskonzepte für Fremdsprachen- und I&K-Technik-Förderung gebraucht werden.

Europäische Öffnung nationaler Berufsbildungssysteme

Diese Öffnung ist ein besonderes Anliegen des Handwerks. Deshalb muss die Arbeit an der Entwicklung eines Europäischen Qualifikationsrahmens (EQF) sowie eines Leistungspunktesystems (ECVET) mit Engagement betrieben werden. Nicht um einem Europatrend zu entsprechen, sondern um dem nationalen Anliegen gerecht zu werden, um die wichtigsten Standards deutscher Berufsbildung, die duale Ausbildung sowie die Meisterqualifizierung und -prüfung europatauglich zu machen.

Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit

Diese beiden Aspekte haben seit der Debatte um die Europäisierung der beruflichen Bildung eine neue Chance. Deshalb will das Handwerk seine Forderungen nach einem uneingeschränkten Hochschulzugang für Meister sowie der Schaffung von Hochschulzugangsberechtigungen für beruflich Qualifizierte einbringen.



Gruppenbild: Die oberfränkischen Schulleiter in der Bayerischen Vertretung.

Darüber hinaus sollen Konzepte entwickelt werden, nach denen die Verzahnung von beruflicher Fortbildung und Studium möglich ist. Die Legitimierung eines „Bachelor Professional“ als internationale Marke für hochrangige Fortbildungsabschlüsse in der beruflichen Bildung wird gefordert.

Ausbau des Weiterbildungssystems

Die Weiterbildung hat für das Handwerk eine besondere Bedeutung. Die Stränge der Aufstiegs- sowie der Anpassungsweiterbildung müssen sich in verbindlichen Bildungsgängen als Berufslaufbahnkonzepte niederschlagen. Lebensbegleitendes Lernen wird somit systematisch in entsprechende Weiterbildungsstrukturen umgesetzt. In der Zukunft braucht das Handwerk die erhöhte Bildungsbeteiligung gerade der älteren Mitarbeiter, weil die jungen immer weniger werden und sich die Anforderungen in den Berufen schneller ändern. Um die Weiterbildungsbeteiligung signifikant zu erhöhen, bedarf es entsprechender Anreize sowie der Erleichterung bei der Organisation von Weiterbildung. Das heißt, dass ein praxistaugliches Weiterbildungsfinanzierungssystem sowie ebenso praxistaugliche Blended-

Learning-Konzepte aufgebaut werden müssen.

Berufliche Schulen – Handlungsfelder und Perspektiven aus Sicht der KMK

Die Vorsitzende des Unterausschusses berufliche Bildung der Kultusministerkonferenz (KMK), Ministerialdirigentin Dr. Beate Scheffer, überraschte mit interessanten Schlaglichtern: 2,8 Millionen Schüler/innen besuchten im Jahre 2004 berufliche Schulen aber nur 825 000 die Oberstufen der allgemeinbildenden Gymnasien. Dabei stellen die beruflichen Schulen ein vielfältiges Angebot von der Grundbildung bis zum Hochschulzugang bereit. Als neues Kriterium ist festzustellen, dass immer mehr Abiturienten einen Ausbildungsplatz suchen, so haben im Jahre 2006 mehr als 100 000 Bewerber um einen Ausbildungsplatz das Abitur oder Fachhochschulreife vorzuweisen. Dagegen gelingt nur noch einem Drittel aller Hauptschulabsolventen der Weg in die duale Ausbildung. Da diese Schüler zusätzliche Förder- und Lernzeiten benötigten, um dann doch noch eine Lehrstelle zu erhalten, sollten, so Dr. Scheffer, diese Zeiten nicht durch den Begriff „Warteschleifen“ diskreditiert

werden, da es keine verlorenen Lernzeiten seien.

Interessante Forderungen aus dem Unterausschuss der KMK stellte die Ministerialdirigentin zum Schluss dar: Die Beruflichkeit soll als Grundsatz erhalten bleiben, auch wenn Teilbereiche modularisiert werden.

Das Berufsbildungsreformgesetz (BBiG) muss in allen Bundesländern besser umgesetzt werden, indem vorher erbrachte Lernzeiten auf die duale Ausbildung angerechnet werden und Schüler mit abgeschlossener vollzeitschulischer Ausbildung vermehrt zur Kammerprüfung zugelassen werden.

Berlin als Hauptstadt erlebt

Die dreitägige Fortbildungsreise war im Übrigen ganz der politischen Bildung gewidmet. So stand ein Besuch des Bundesverteidigungsministeriums mit Führung durch den Bendlerblock und Ausstellung Deutscher Wi-

derstand auf dem Programm. Beim Besuch des Deutschen Bundestages konnte eine Bundestagsdebatte verfolgt werden. Das anschließende persönliche Gespräch mit MdB Anette Kramme erlaubte Einblicke in die Chancen und Grenzen der Arbeit einer Volksvertreterin in Berlin. Das überaus engagierte und kompetente Auftreten von Anette Kramme hat die Besuchergruppe jedenfalls stark beeindruckt.

Berlins Hauptstadtfair wurde bei weiteren Besichtigungen im Regierungsviertel begierig aufgesogen. Dass auch die Bayerische Vertretung in Berlin aufgesucht wurde, versteht sich bei dieser Besuchergruppe von selbst. Hier, ganz in der Nähe des dbb-Hauses erläuterte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Heinz Ossenkamp aktuelle Fragestellungen und die Interessenvertretung durch den dbb und dbb-Tarifunion. <

den Verhandlungen bis Anfang Dezember 2006 abgeschlossen sind. Unter dieser Voraussetzung ist damit zu rechnen, dass erläuternde Dokumente und Antragsunterlagen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden. Unter Beibehaltung der Programmbezeichnungen LEONARDO ist davon auszugehen, dass ähnliche Fördermöglichkeiten für Projektaktivitäten und die europäische Mobilität wie bisher angeboten werden.

LEONARDO DA VINCI für die beruflichen Schulen

Ziel insbesondere des für die beruflichen Schulen zuständigen Programms LEONARDO DA VINCI ist, einen Beitrag zur Entwicklung eines hochwertigen lebenslangen Lernens zu leisten und die hohen Leistungsstandards zu fördern, um einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens zu schaffen. Gefördert werden sollen:

- die Mobilität von Lehrenden und Lernenden in der Erstausbildung und der Weiterbildung,
- die Mobilität der Arbeitnehmer und des Bildungspersonals,
- ab 2008 auch Partnerschaften in kleinen multilateralen Projekten für die themenbezogene Zusammenarbeit aus mehreren Ländern, die dem Transfer und der Entwicklung von Innovationen dienen und
- Netzwerke in den Mitgliedsstaaten der EU und zusätzlich in Bulgarien, Rumänien, den EWR-Ländern Island, Lichtenstein und Norwegen. Die Türkei, die Schweiz und die Länder des westlichen Balkans stehen als Kandidaten an.

Zur Förderung der Mobilität können kleine Aktivitäten, Einzelprojekte oder Poolprojekte gefördert werden. Mindestens 60 Prozent des Budgets soll für Partnerschaftsprojekte ausgegeben werden, um die Mobilität zu steigern, anvisiert ist dabei eine kontinuierliche Steigerung auf 80000 Teilnehmer jährlich.

Um die Antragsstellung und die Zuweisung der Zuschüsse zu vereinfachen, werden Zuschüsse bis 25000,- Euro als Pauschale gewährt, maxi-

mal 4 Pauschalen je Einrichtung pro Jahr. Damit wird deutlich, dass die EU sich aufmacht, das lebenslange Lernen deutlich in den Vordergrund zu stellen. Betrachtet man zusätzlich die schon begonnenen aktuellen Aktivitäten im Rahmen des Programms LEONARDO, so ist zu erkennen,

dass die zum 1. Oktober 2006 begonnenen neuen 23 Innovationsprojekte schon Großes anstoßen. Die Spannweite reicht vom Transportwesen, der Luft- und Raumfahrt, der Chemie, der Wasserwirtschaft, über den Handel und den Tourismus bis hin zu den Humandienstleistungen. <

Plenarsitzung der KMK:

Ergebnisse der der Kultusministerkonferenz in Brüssel

KMK-Pressemitteilung

Die Kultusministerkonferenz hat sich auf ihrer 316. Plenarsitzung am 07. und 08. Dezember 2006 in Brüssel unter dem Vorsitz ihrer Präsidentin, Ministerin Ute Erdsiek-Rave, insbesondere mit folgenden Themen befasst:

- Europäische Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturpolitik
- Nationaler Bildungsbericht 2006 – Gemeinsame Schlussfolgerungen der Kultusministerkonferenz und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung
- Arbeit an fachspezifischen Standards für die Lehrerbildung
- Wahl des Präsidenten und des Präsidiums für das Jahr 2007

Europäische Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturpolitik

Anlässlich der Übernahme der deutschen EU-Präsidentschaft hat die Kultusministerkonferenz aktuelle Themen und Perspektiven der europäischen Bildungs-, Forschungs- und Kulturpolitik in den Mittelpunkt ihrer Beratungen gestellt. In Gesprächen mit dem EU-Kommissar für Bildung und Kultur Ján Figel' und Direktor Richard Escritt in Vertretung des Kommissars für Forschung wurden Vorhaben der deutschen EU-Präsidentschaft und Möglichkeiten der Zusammenarbeit erörtert.

„Die Präsenz der Kultusministerkonferenz in Brüssel zum Auftakt der

deutschen EU-Präsidentschaft 2007 ist Ausdruck der Bedeutung, die die Länder aktuell den Vorhaben auf EU-Ebene im Bildungs-, Forschungs- und Kulturbereich beimessen“, sagte die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Ministerin Ute Erdsiek-Rave. „Der im Jahr 2000 eingeleitete Lissabon-Prozess hat den Bereichen Bildung und Forschung eine Schlüsselrolle für Innovation, Wachstum und Beschäftigung zugewiesen. Die Gespräche mit Kommissar Figel' und Direktor Escritt sind eine sehr gute Grundlage für die weitere Zusammenarbeit zwischen der Kultusministerkonferenz und der Kommission.“

Gespräche der Kultusministerkonferenz mit EU-Kommissar Figel' und Direktor Escritt

Die Kultusministerkonferenz hat mit Kommissar Figel' aktuelle EU-Vorhaben aus dem Lissabon-Arbeitsprogramm der EU-Bildungsminister „Bildung und Ausbildung 2010“ erörtert, die für die deutsche Bildungspolitik von hoher Relevanz sind. Die Kultusministerkonferenz hat dabei ihre Kooperationsbereitschaft im Hinblick auf die Realisierung der gemeinschaftlichen Vorhaben unterstrichen und dargelegt, dass viele der von den Ländern in der Kultusministerkonferenz vereinbarten bildungspolitischen Beschlüsse mit denen auf EU-Ebene angestrebten Zielen übereinstimmen, z.B. die Intensivierung der

frühkindlichen Förderung, individuelle Fördermaßnahmen zur Vermeidung von frühzeitigem Schulabbruch oder die Modernisierung der Hochschulbildung. Die Kultusministerkonferenz hat jedoch auch den Wert der Vielfalt der Bildungssysteme in Europa hervorgehoben, die durch die vorgesehenen Maßnahmen nicht verloren gehen darf.

Übereinstimmend mit Kommissar Figel' hat die Kultusministerkonferenz festgestellt, dass die Realisierung des Europäischen Qualifikationsrahmens ein prioritäres Ziel der EU-Bildungskoooperation ist. Der Europäische Qualifikationsrahmen wird die Vielfalt der in Europa vorhandenen Bildungsangebote, Bildungsabschlüsse und Niveaustufen transparenter machen und zur Mobilität von Auszubildenden, Studierenden und Arbeitnehmern beitragen.

Ein weiteres wichtiges Vorhaben, das während der deutschen EU-Präsidentschaft beraten wird, ist die von der Kommission vorgeschlagene Gründung des Europäischen Technologieinstituts (ETI). Ziel dieses Technologieinstituts soll es sein, die Innovationskapazität der Mitgliedsstaaten und der Gemeinschaft zu stärken und damit zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft beizutragen. Die Kultusministerkonferenz verdeutlichte der Kommission ihre Bedenken gegen die vorliegende Konzeption des Europäischen Technologieinstituts insbesondere im Hinblick auf die Gefahr der Zersplitterung von Ressourcen der Mitgliedsstaaten. Stattdessen regte sie ein alternatives Konzept im Sinne der vom Europäischen Rat geforderten Vernetzung von herausragenden Forschungs- und Innovationsgemeinschaften in Europa an. Kommissar Figel' betonte, dass die von der Kommission vorgeschlagene Konzeption keineswegs zu einer Zersplitterung von Ressourcen der Mitgliedstaaten führen wird, sondern zu einer verstärkten Vernetzung und integrierten Zusammenarbeit der Akteure in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation. Die Kommission beabsichtigt, eine Zusammenarbeit auf der Europäischen Ebene zu

Neues EU-Bildungsprogramm aufgelegt:

Lebenslanges Lernen

HEIKO POHLMANN

„Europa ist in München angekommen“, so begrüßte Klaus Fahlé, Leiter der Nationalen Agentur (NA) Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), die zahlreich versammelten Gäste im großen Sitzungssaal des Rathauses in München. Da es sich bei dieser Veranstaltung um die Eröffnungsveranstaltung für das neue Programm der Europäischen Union „Lebenslanges Lernen“ handelte und man sich dazu die Landeshauptstadt Bayerns ausgesucht hatte, war auch der VLB mit dem Landesvorsitzenden Hans Käfler und dem Referenten für Lehrerbildung, Heiko Pohlmann, vertreten.

Die zweite Phase des EU-Bildungsprogramms SOKRATES läuft mit dem Jahre 2006 aus. Im Schulbereich sind hiervon die verschiedenen Aktionen des Unterprogramms COMENIUS und das für die beruflichen

Schulen zuständige Programm LEONARDO DA VINCI betroffen. In der Nachfolge werden die Programme LEONARDO DA VINCI (berufliche Bildung), sowie die bisherigen SOKRATES-Aktionen COMENIUS (Schulbildung), ERASMUS (Hochschulbildung) und GRUNDTVIG (Erwachsenenbildung) als sektorale Programme nun unter einem gemeinsamen Dach, dem EU-Bildungsprogramm „Lebenslanges Lernen“, zusammengefasst. Dieses Programm beginnt im Jahr 2007, hat eine Laufzeit von sieben Jahren und ist mit einem Gesamtbudget von 7 Mrd. Euro ausgestattet. Das zuständige Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat die Nationale Agentur Bildung für Europa beim BIBB als Nationale Agentur für die sektorale Programme LEONARDO DA VINCI und GRUNDTVIG benannt.

Der Programmstart im Januar 2007 setzt voraus, dass die ausstehen-

unterstützen, keinesfalls jedoch Ressourcen von den Mitgliedstaaten abzuzweigen.

Besondere Anliegen der Kultusministerkonferenz für die Zukunft des europäischen Einigungsprozesses sind konkrete Schritte innerhalb der neuen Bildungs- und Kulturprogramme, die dazu beitragen, europäisches Bewusstsein insbesondere bei der jungen Generation zu entwickeln und Begeisterung für Europa zu wecken.

Darüber hinaus wird die Kultusministerkonferenz in Kürze eine Vereinbarung mit der Bundesregierung zur Durchführung des neuen EU-Bildungsprogramms „Lebenslanges Lernen“ (2007–2013) abschließen, mit der in Deutschland rechtzeitig die Weichen dafür gestellt werden, dass das neue Programm erfolgreich anlaufen kann.

Weiterhin wird zu Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft am 22. 01. 2007 ein EU-Projekttag in den Schulen mit vielfältigen Aktionen in den Ländern durchgeführt, um Schülerinnen und Schülern die europäische Idee näher zu bringen.

Nationaler Bildungsbericht 2006 – Gemeinsame Schlussfolgerungen der Kultusministerkonferenz und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Die Kultusministerkonferenz und das Bundesministerium für Bildung und Forschung haben gemeinsame Schlussfolgerungen aus dem im Juni vorgestellten nationalen Bildungsbericht 2006 vereinbart. Der Bericht folgt dem Konzept „Bildung im Lebenslauf“. Schwerpunkt des ersten gemeinsamen Bildungsberichts ist eine Analyse zum Thema Bildung und Migration.

Kultusministerkonferenz und Bundesbildungsministerium stimmen darin überein, die Reformanstrengungen im Bildungsbereich zu beschleunigen. Dabei sind Maßnahmen zur besseren Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund von besonderer Dringlichkeit. Der Anteil von Migranten „mit einer anerkannten Berufsausbildung oder einem abgeschlossenen Studium muss deut-

lich erhöht werden“, heißt es in den Gemeinsamen Schlussfolgerungen. Die frühe und individuelle Förderung sowie Ganztagschulen schaffen neue Möglichkeiten, um die Koppelung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg zu überwinden.

Die Gemeinsamen Schlussfolgerungen werden dem Bundeskabinett zugeleitet, das sich am 13. Dezember 2006 mit dem nationalen Bildungsbericht befassen wird. Die parlamentarische Beratung im Bundestag wird voraussichtlich Anfang 2007 erfolgen.

Arbeit an fachspezifischen Standards für die Lehrerbildung

Die Kultusministerkonferenz hat in Brüssel eingehend über den derzeitigen Stand der Lehrerbildung beraten. Die im Dezember 2004 verabschiedeten „Standards für die Lehrerbildung: Bildungswissenschaften“ beschreiben die überfachlichen Kompetenzen, die Lehrerinnen und Lehrer während ihrer Ausbildung zur Ausübung ihres verantwortungsvollen Berufs erwerben sollen. Diese Standards sind seit dem Ausbildungsjahr 2005/2006 Grundlage für die Lehrerbildung.

Im März 2006 ist mit der Erarbeitung ländergemeinsamer und verbindlicher Standards für die einzelnen Unterrichtsfächer und ihre Fachdidaktiken als zweite Säule und zur Ergänzung der auf die Bildungswissenschaften bezogenen Standards begonnen worden. Die bereits für die Fächer Deutsch und Physik erarbeiteten Entwürfe dienen dabei als Muster für weitere Fächer. Die hier beschriebenen inhaltlichen Anforderungen beziehen sich auf Kompetenzen in den Bereichen Fachwissen, fachspezifische Arbeitsmethoden und fachdidaktisches Wissen. Dabei wird zwischen Anforderungen für Lehrämter der Sekundarstufe I und Anforderungen für Lehrämter der Sekundarstufe II unterschieden. Für die Grundschulbildung werden die Anforderungen unter einem integrativen Fachkonzept „Grundschulbildung“, für die Förderschule/Sonderschule unter dem Fachkonzept „Päd-

Der Europäische Rat hat im Jahr 2000 auf seiner Tagung in Lissabon das strategische Ziel festgelegt, die Europäische Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen.

Es herrscht Konsens darüber, dass eine fortschrittliche Wissensgesellschaft der Schlüssel zu höheren Wachstums- und Beschäftigungsraten ist. Allgemeine und berufliche Bildung sind wesentliche Prioritäten für die Europäische Union auf dem Weg zur Verwirklichung dieser Ziele von Lissabon. Deshalb haben das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union ein Aktionsprogramm für lebenslanges Lernen aufgelegt, das den Zeitraum 2007 bis 2013 umfassen soll (s. Pohlmann, EU-Bildungsprogramm „Lebenslanges Lernen“). Wir dokumentieren diesen Beschluss in Auszügen.

Beschluss Nr. 1720/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Aktionsprogramm im Bereich des lebenslangen Lernens

Artikel 1 Festlegung des Programms für lebenslanges Lernen

- (1) Mit diesem Beschluss wird ein Programm für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich des lebenslangen Lernens (nachstehend „Programm für lebenslanges Lernen“ genannt) festgelegt.
- (2) Das allgemeine Ziel des Programms für lebenslanges Lernen besteht darin, durch lebenslanges Lernen dazu beizutragen, dass sich die Gemeinschaft zu einer fortschrittlichen wissensbasierten Gesellschaft mit nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung, mehr und besseren Arbeitsplätzen und größerem sozialen Zusammenhalt entwickelt, in der zugleich ein guter Schutz der Umwelt für künftige Generationen gewährleistet ist. Insbesondere soll das Programm den Austausch, die Zusammenarbeit und die Mobilität zwischen den Systemen der allgemeinen und

agogik der Förderschule/Sonderschule“ jeweils zusammenfassend beschrieben.

Der Fächerkanon wird derzeit laufend erweitert. Für die Erarbeitung der fachlichen Standards konnten renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gewonnen werden. Ein

beruflichen Bildung in der Gemeinschaft fördern, so dass sich diese zu einer weltweiten Qualitätsreferenz entwickeln.

- (3) Die speziellen Ziele des Programms für lebenslanges Lernen sind:
 - a) Beitrag zur Entwicklung eines hochwertigen lebenslangen Lernens und Förderung von hohen Leistungsstandards, Innovation sowie einer europäischen Dimension innerhalb der einschlägigen Systeme und Verfahren;
 - b) Unterstützung der Verwirklichung eines europäischen Raums des lebenslangen Lernens;
 - c) Unterstützung der Verbesserung der Qualität, Attraktivität und Zugänglichkeit der in den Mitgliedstaaten verfügbaren Angebote für lebenslanges Lernen;
 - d) Stärkung des Beitrags des lebenslangen Lernens zum sozialen Zusammenhalt, zur aktiven Bürgerschaft, zum interkulturellen Dialog, zur Gleichstellung der Geschlechter und zur persönlichen Entfaltung;
 - e) Unterstützung der Förderung von Kreativität, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigungsfähigkeit und Entwicklung von Unternehmertegeist;
 - f) Beitrag zur Steigerung der Beteiligung von Menschen aller Altersgruppen am lebenslangen Lernen, einschließlich Menschen mit besonderen Bedürfnissen und benachteiligte Gruppen, ungeachtet ihres sozioökonomischen Hintergrunds;
 - g) Förderung des Sprachenlernens und der sprachlichen Vielfalt;
 - h) Förderung der Entwicklung von innovativen, IKT-gestützten Inhalten, Diensten, pädagogischen Ansätzen und Verfahren für das lebenslange Lernen;
 - i) Stärkung der Rolle des lebenslangen Lernens bei der Entwicklung eines europäischen Bürgersinns auf der Grundlage der Sensibilisierung für Menschenrechte und Demokratie und deren Achtung sowie bei der Förderung von Toleranz und Respekt für andere Menschen und Kulturen;

Gesamtpaket ländergemeinsamer inhaltlicher Anforderungen für alle Unterrichtsfächer, die in den Prüfungsordnungen aller Länder vorkommen, wird in absehbarer Zeit vorliegen. Die ländergemeinsamen inhaltlichen Anforderungen an das Lehramtsstudium sind wichtiger Teil des Arbeitsschwer-

- j) Förderung der Zusammenarbeit bei der Qualitätssicherung in allen Bereichen der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa;
- k) Förderung des bestmöglichen Einsatzes von Ergebnissen, innovativen Produkten und Prozessen sowie Austausch vorbildlicher Verfahren in den vom Programm für lebenslanges Lernen abgedeckten Bereichen zur Verbesserung der Qualität der allgemeinen und beruflichen Bildung.
- (4) Gemäß den im Anhang festgelegten Verwaltungsbestimmungen unterstützt und ergänzt das Programm für lebenslanges Lernen Maßnahmen der Mitgliedstaaten unter strikter Beachtung ihrer Verantwortung für die Inhalte der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie der Vielfalt ihrer Kulturen und Sprachen.
- (5) Wie in Artikel 3 dargelegt, werden zur Erreichung der Ziele des Programms für lebenslanges Lernen vier sektorale Programme, ein Querschnittsprogramm und das Programm Jean Monnet durchgeführt.
- (6) Die Durchführung dieses Beschlusses beginnt am 1. Januar 2007 und endet am 31. Dezember 2013.

Artikel 3 Einzelprogramme

- (1) Die sektoralen Einzelprogramme sind:
 - a) das Programm Comenius, das ausgerichtet ist auf die Lehr- und Lernbedürfnisse aller Beteiligten der Vorschul- und Schulbildung bis zum Ende des Sekundarbereichs II sowie auf die Einrichtungen und Organisationen, die entsprechende Bildungsgänge anbieten;
 - b) das Programm Erasmus, das ausgerichtet ist auf die Lehr- und Lernbedürfnisse aller Beteiligten der formalen Hochschulbildung und der beruflichen Bildung der Tertiärstufe – unabhängig von der Länge des Bildungsgangs oder ihrer Qualifikation und einschließlich Promotionsstudien – sowie auf die Einrichtungen und Organisationen, die entsprechende allgemeine

punkts der Kultusministerkonferenz, die Qualität in der Bildung zu verbessern und Vergleichbarkeit weiter zu gewährleisten.

Neuer Präsident für 2007

Mit Beginn des Jahres 2007 übernimmt der Berliner Senator für Bil-

oder berufliche Bildungsgänge anbieten oder fördern;

- c) das Programm Leonardo da Vinci, das ausgerichtet ist auf die Lehr- und Lernbedürfnisse aller Beteiligten der beruflichen Bildung – ausgenommen die berufliche Bildung der Tertiärstufe – sowie auf die Einrichtungen und Organisationen, die entsprechende Bildungsgänge anbieten oder fördern;
- d) das Programm Grundtvig, das ausgerichtet ist auf die Lehr- und Lernbedürfnisse aller Beteiligten der Erwachsenenbildung jeglicher Art sowie auf die Einrichtungen und Organisationen, die entsprechende Bildungsgänge anbieten oder fördern.

- (2) Das Querschnittsprogramm umfasst die folgenden vier Schwerpunktaktivitäten:
 - a) politische Zusammenarbeit und Innovation in Bezug auf lebenslanges Lernen;
 - b) Förderung des Sprachenlernens;
 - c) Entwicklung von innovativen, IKT-gestützten Inhalten, Diensten, pädagogischen Ansätzen und Verfahren für das lebenslange Lernen;
 - d) Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse von im Rahmen des Programms und der entsprechenden Vorgängerprogramme geförderten Maßnahmen sowie Austausch vorbildlicher Verfahren.

- (3) Mit dem Programm Jean Monnet werden Einrichtungen und Aktivitäten im Bereich der europäischen Integration gefördert. Das Programm umfasst die folgenden drei Schwerpunktaktivitäten:
 - a) die Aktion Jean Monnet;
 - b) Betriebskostenzuschüsse zur Unterstützung bestimmter Einrichtungen, die sich mit Fragen der europäischen Integration befassen;
 - c) Betriebskostenzuschüsse zur Unterstützung anderer europäischer Einrichtungen und Vereinigungen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung.

dung, Wissenschaft und Forschung, Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner, die Präsidentschaft der Kultusministerkonferenz. <

DIHK zur Tagung der Kultusminister in Brüssel:

Unterstützung der Schulen lässt auf sich warten

Die deutschen Kultusminister müssen! für das Erreichen der Lissabon-Ziele mehr Gas geben. Das fordert der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Ludwig Georg Braun, anlässlich der Konferenz der Kultusminister in Brüssel.

Braun: „Seit dem Jahr 2000 ist es nicht gelungen, die Lesekompetenz der Schüler zu verbessern, obwohl in der Lissabon-Strategie vereinbart worden ist, den Anteil der Leseschwachen bis zum Jahr 2010 um 20 Prozent zu verringern. Hier hinkt Deutschland nach wie vor hinter den Fortschritten anderer Länder her. So liegt der Anteil leseschwacher 15-jäh-

riger Schüler in Deutschland mit rund 22 Prozent deutlich über dem EU-Durchschnitt von 19 Prozent.

Kleine Schritte nach vorn reichen nicht, wenn andere große Sprünge machen. 80000 Schüler, die in jedem Jahr ohne Abschluss die Schule verlassen, sind schlicht zu viel, auch wenn Deutschland damit rein formal inzwischen die EU-Vorgabe von zehn Prozent einhält. Außerdem weisen selbst viele Schulabgänger mit Abschluss eklatante Defizite auf.

Bund und Länder hatten im deutschen Lissabon-Reformprogramm den Ausbau der Wissensgesellschaft als zentrale Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit einer modernen

Gesellschaft genannt. Gerade in der Bildung droht Deutschland aber, seine Zukunftspotenziale zu verspielen. Wir haben es bisher nicht geschafft, alte Zöpfe abzuschneiden und mit Mut neue Wege zu gehen. Unser Bildungssystem ist nach wie vor nicht leistungsfähig genug.

Gebot der Stunde ist es, Migrantenkinder besser zu integrieren, leistungsschwache – aber auch besonders begabte – Schüler/-innen früh und gezielt zu fördern sowie die Lehrerbildung grundlegend zu reformieren. Die Standards haben die Kultusminister zwar gesetzt, die entsprechende Unterstützung für die Schulen, damit diese die Vorgaben auch umsetzen können, lässt aber leider weiter auf sich warten.“

DIHK-Pressemitteilung

15. Shell Jugendstudie – Jugend 2006:

Ungewisse Zukunftsaussichten dämpfen Optimismus der jungen Generation

HANS PREISSL

Seit nunmehr 53 Jahren publiziert Shell Studien, die einen Blick werfen auf die aktuelle Lebenssituation der jungen Menschen. Daneben stellen sie dar, wie die Jugendgeneration ihre Zukunftsaussichten beurteilt. Die Shell AG beauftragt dazu unabhängige Expertenteams. Die aktuelle 15. Jugendstudie entstand unter der Federführung der beiden Bielefelder Sozialwissenschaftler Professor Dr. Klaus Hurrelmann und Professor Dr. Mathias Albert. In Zusammenarbeit mit dem Münchner Forschungsinstitut TNS Infratest Sozialforschung unter Leitung von Ulrich Schneekloth wurden Anfang des Jahres 2006 mehr als 2.500 Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren zu ihrer Lebenssituation, ihren Glaubens- und Wertvorstellungen und ihrer Einstellung

zur Politik befragt. Zentrales Ergebnis der aktuellen Studie: Die deutsche Jugend entwickelt sich von einer optimistischen zu einer eher pragmatischen Generation.

Zukunftsperspektiven werden differenziert wahrgenommen

Die 14. Shell-Jugendstudie von 2002 hatte den jungen Menschen noch einen großen persönlichen Optimismus bescheinigt. Veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen scheinen zu einer etwas differenzierteren Betrachtungsweise der Lebenssituation junger Menschen geführt zu haben. Die sensible Wahrnehmung gesellschaftlicher Probleme befördert bei einer großen Mehrheit der jungen Menschen erhebliche Ängste vor allem, was die künftigen Chancen in der Berufswelt betrifft. So befürchten fast 70 Prozent der Jugendlichen entweder den Job zu verlieren

oder keinen passenden Arbeitsplatz zu finden. 2002 hatte nur etwas mehr als die Hälfte der jungen Menschen diese Sorge. Die gedämpften persönlichen Zukunftsaussichten korrespondieren mit einer eingetrübten Wahrnehmung der Zukunft unserer Gesellschaft. 53 Prozent sehen sie eher düster. 2002 lag dieser Wert bei nur 45 Prozent.

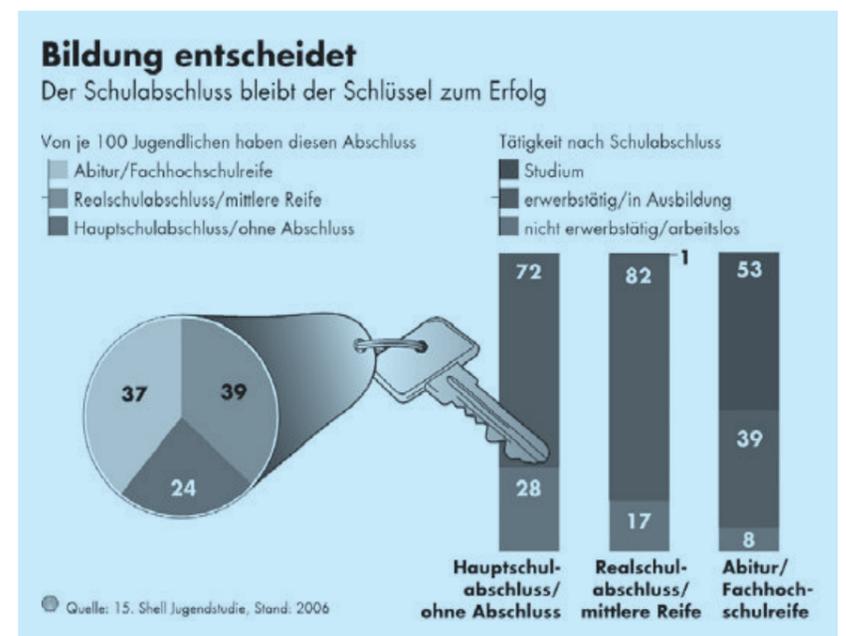
So sieht die aktuelle Studie die Jugendgeneration spürbar „unter Druck“. Trotz eingetrübter Zukunftsaussichten bescheinigt sie aber den Jugendlichen: „Sie lassen sich nicht entmutigen.“ Von Resignation und Ausstieg in vermeintliche jugendliche Ersatzwelten könne nach wie vor keine Rede sein. Vielmehr bleibe „Aufstieg statt Ausstieg“ Motto der Jugendlichen.

Wie Jugendliche ihre Aussichten für die Zukunft empfinden, hängt eng zusammen mit ihren aktuellen Lebensumständen in Familie, Schule und Freizeit. „Vielfältige Faktoren wie die politische und wirtschaftliche Situation, Bildungserfolge oder -misserfolge und das soziale Umfeld beeinflussen die Zukunftsperspektiven Jugendlicher.“, so der einleuchtende Erklärungsansatz der 15. Jugendstudie.

Die „Schlüselfrage Bildung“ bestimmt maßgeblich Lebenschancen

Die Studie räumt ein, dass sich den Jugendlichen auf dem Weg in die Erwachsenenwelt nicht nur Chancen eröffnen. Sie sieht sie vielmehr „mit dem Risiko konfrontiert, eventuell zu scheitern.“ Dieses Risiko wird erheblich bestimmt durch die „Schlüselfrage Bildung“. Was alle großen internationalen Bildungsvergleiche ergeben, bestätigt auch die Shell-Jugendstudie: Wer in einem sozial privilegierten Elternhaus aufwächst, durchläuft sowohl aussichtsreichere Schulformen als auch hochwertigere berufliche Ausbildungen. Unterschichtjugendliche tummeln sich hingegen vorwiegend an Haupt- und Sonderschulen. Auf dem sich anschließenden beruflichen Ausbildungsweg erzielen diese Jugendlichen nicht die Resultate, die ihrem Potenzial entsprechen, beklagt die Shell-Studie. Wer die Schule ohne oder mit niedrigem Abschluss verlässt, kann „keinesfalls damit rechnen, einen Ausbildungsplatz zu erhalten“. Geringe Bildungschancen werden zur Barriere beim Eintritt ins Berufsleben und zeichnen eine wenig attraktive Laufbahn in gering qualifizierten Bereichen voraus. Die Auswirkungen der ungleichen Bildungschancen nehmen die Jugendlichen recht bewusst wahr: Von den Hauptschülern blicken nur 37 Prozent zuversichtlich in die Zukunft, während die Altersgenossen am Gymnasium sich zu 57 Prozent optimistisch zeigen. Bei den Auszubildenden ist der Lebensoptimismus stark abhängig von der beruflichen Perspektive. Diejenigen, die davon ausgehen können vom Betrieb übernommen zu werden, sind zu fast 60 Prozent optimistisch. Wenn sie nicht mit einer Festanstellung rechnen können, fällt dieser Wert auf unter 40 Prozent.

Einen bedenklichen Zusammenhang offenbart die aktuelle Studie. Drohende Arbeitslosigkeit und eingeschränkte Bildungschancen wirken sich neben schlechten Wohnverhältnissen auf das Gesundheitsverhalten der jungen Generation aus. Jugendliche aus bildungsferneren Schichten ernähren sich deutlich ungesünder, trei-



ben weniger Sport und rauchen mehr als doppelt so häufig wie Gleichaltrige mit günstigeren Rahmenbedingungen.

Auch im Freizeitverhalten tut sich eine deutliche Kluft auf. Die Studie bezeichnet Jugendliche aus der Mittel- und Oberschicht als „kreative Freizeitelite“: Sie lesen viel, sind künstlerisch aktiv und pflegen intensiv soziale Kontakte. Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien verbringen ihre Freizeit überwiegend mit Computerspielen und Fernsehen. „Verbindet sich dies mit einer Abwendung von Schule und Berufsausbildung, liegt ein riskantes Abrücken

von gesellschaftlichen Konditionen vor“, kommentiert die Studie das Verhalten schonungslos..

„Jugend 2006 – eine pragmatische Generation unter Druck“, lautet der etwas beschönigende Titel der neuen Shell-Studie. Zeitungen titeln weniger zurückhaltend und sprechen von einer „Generation ohne Träume“ oder einer „Jugend in Angst“

Jugendforscher Klaus Hurrelmann nimmt ebenfalls kein Blatt vor den Mund: „Der Pragmatismus gerät ins Schleudern. Unter der Oberfläche entsteht Unruhe. Die heutige Jugend lebt mehr in der Angst als jemals zuvor in der Nachkriegszeit.“

Bedarfsgerechte Bildungsarbeit – Ihre Meinung ist wichtig!

Online-Fragebogenaktion des VLB in Zusammenarbeit mit der dbb-akademie und dem BBB

Soweit Sie den Fragebogen nicht online unter www.vlb-bayern.de beantworten, laden Sie sich den Fragebogen von unserer VLB-Homepage herunter und senden den beantworteten Fragebogen an die VLB-Geschäftsstelle

- per Post: Dachauer Straße 4, 80333 München
- per Fax: 0 89-55 04 44 3
- per E-Mail: info@vlb-bayern.de

Wir danken Ihnen schon heute für Ihre Mitwirkung
Ansprechpartner: Wolfgang Lampl, Stellv. VLB-Landesvorsitzender

Symposium zur Dienstrechtsreform:

Neue Perspektiven für den öffentlichen Dienst in Bayern?

WOLFGANG LAMBL

Bayern bekommt ein neues Beamtenrecht. Dies ist jetzt möglich, weil nach der Föderalismusreform Besoldungs-, Laufbahn- und Versorgungsrecht auf die Länder übertragen worden sind. Unter dem Motto „Kompetenzen nutzen – Perspektiven schaffen“ hat das Bayerische Staatsministerium für Finanzen zu einem Symposium geladen, das Wege zu einem zukunftsorientierten Dienstrecht in Bayern aufzeigen sollte.

Finanzminister Kurt Faltlhauser formulierte Grundgedanken für die anstehende Reform. Die Zuhörer trauten ihren Ohren kaum, als er ankündigte, dass der Freistaat ein neues Kapitel Bayerischer Dienstrechtspolitik einleiten wolle und gemäß dem Tagungsmotto die Chance beim Schopf packen werde, um für den öffentlichen Dienst in Bayern neue Perspektiven zu schaffen.

Wir wollen keine Sparreform

Der Staatsminister scheute sich auch nicht auf die misstrauisch beäugten finanziellen Rahmenbedingungen einer solchen Reform einzugehen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben ja das Vertrauen massiv untergraben, weil unter dem Deckmantel der Reform eine Rotstiftpolitik betrieben wurde, die zu massiven Einsparungen im Personalsektor geführt hat. Hier legte sich der Finanzminister ganz eindeutig fest: „Wir wollen keine Sparreform; das Volumen, das für die heutige Besoldung zur Verfügung steht, wird im Rahmen der Reform keinesfalls verringert.“

Die Glaubwürdigkeit dieser Ankündigung versuchte Faltlhauser mit dem Hinweis auf die Verlängerung der Sonderzahlung zu stärken. Bayern habe schließlich entgegen einem bundesweiten Trend das (stark gekürzte; Anm. des Verfassers) Weih-

nachtsgeld beibehalten und das finanzielle Volumen auch über das Jahr 2009 hinaus garantiert.

Faltlhauser begründete dann, warum Bayern Neuerungen im Dienstrecht braucht. In den letzten Jahren hätten sich die Anforderungen an den öffentlichen Dienst und damit an den einzelnen Mitarbeiter stark geändert. Es würden mehr Leistungsbereitschaft und mehr Flexibilität, gefordert. Deshalb müsse die bayerische Politik auch den notwendigen rechtlichen Rahmen schaffen für ein Dienstrecht, das Leistung honoriert, Flexibilität fördert und das Fortkommen des Mitarbeiters nicht durch eine Vielzahl von Regeln behindert.

Instrumente, die Mitarbeiter fördern und motivieren

Ein Instrument sieht der Finanzminister in der Einführung von variablen, leistungsorientierten Gehaltsbestandteilen. Er will über ein System von Leistungselementen nachdenken, das Anreizwirkung für alle Beschäftigten entfaltet. Allerdings glaubt Faltlhauser nicht, dass die Stärkung der variablen Leistungselemente in der Besoldung allein Leistung ausreichend honoriert. Auch für die Zukunft sieht er in Beförderungen ein wesentliches Element der Personalförderung und Mitarbeitermotivation. Deshalb bekannte er sich sehr nachdrücklich zu diesem Anreizinstrument: „Jeder Beamte sollte meines Erachtens grundsätzlich die Möglichkeit haben, in seinem Berufsleben zumindest einmal befördert zu werden.“ In diesem Zusammenhang sprach Faltlhauser das Thema Beförderungsmöglichkeiten im Volksschulbereich an. Er habe immer betont, dass er das durchaus für einen Punkt halte, über den im Rahmen der Reform gesprochen werden müsse. Dann ließ er sich allerdings zu einer Äußerung hinreißen, die er-

neut erhebliche Unruhe in die Lehrerschaft tragen wird. Es reiche nicht aus Beförderungsmöglichkeiten zu schaffen. Es müsse vielmehr die gesamte Struktur der Lehrerbeförderung überprüft werden. Und hier machte er eine Andeutung, die leicht als Drohung missverstanden werden könnte:

„Wir müssen bei der Höhe der Lehrerbeförderung insgesamt den europäischen Vergleich sehen. Hier liegt Deutschland schon jetzt im oberen Spitzenbereich.“ Bei solchen Äußerungen besteht ohne Zweifel die Gefahr, dass recht fahrlässig wertvolles Porzellan zerschlagen wird. Wer kann hier noch dem Bekenntnis zu Motivation und Anreizwirkung von Besoldungselementen trauen?

Zurecht mahnte deshalb der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes, Rolf Habermann, dass sich das Gedächtnis der Staatsregierung nicht noch einmal derart kurzlebig und lückenhaft erweisen dürfe, wie nach der letzten Wahl. „In unserem Gedächtnis sind die Vorgänge rund um die Arbeitszeitverlängerung noch äußerst lebendig.“

Der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes wagte in seinem engagierten Beitrag auch einen Blick zurück und dieser Blick dokumentiert, dass die veritable Vertrauenskrise der Politik nicht ohne Grund ist.

Das von Faltlhauser eingeforderte Leistungsprinzip gehöre schon seit Anbeginn des modernen Berufsbeamtenwesens zu den so genannten „hergebrachten Grundsätzen“ des Art. 33 Grundgesetz und habe an vielen Stellen in der Beamtengesetzgebung seinen Niederschlag gefunden.

Die Dienstrechtsreform von 1997 habe zwar ergänzende Leistungselemente wie Leistungszulage, Leistungsprämie und Leistungsstufe eingeführt, diese seien aber von den Beamten durch Abstriche an der Besoldung selbst finanziert worden. Während viele Dienstherrn in anderen Bundesländern von diesen Instrumenten gar keinen Gebrauch gemacht hätten, habe Bayern die – von den Beamten selbst finanzierte –

Leistungsstufe im Zuge der unzähligen Sparmaßnahmen wieder ausgesetzt.

Nach Meinung des Beamtenbundesvorsitzenden hätte man mit dem vorhandenen Instrumentarium schon einiges erreichen können, wenn man es konsequent ausgeschöpft hätte. Man könne sich auch nicht auf ein zu enges Budget im Haushalt herausreden – vor allem, wenn man den Haushalt selber aufgestellt habe.

Elemente einer sinnvollen Dienstrechtsreform

Rolf Habermann präsentierte dann einige Zielvorstellungen des BBB zur anstehenden Dienstrechtsreform

1. Der Beamtenbund tritt für eine amtsbezogene Besoldung ein. Die gesetzliche Ämterzuordnung soll möglichst funktionsgerecht sein. Beförderungen sollten auch in Zukunft vorrangiges Mittel der Leistungshonorierung und -motivation sein. Hierbei wird ein Kernpunkt der anstehenden Reform sein, ausreichend Beförderungsmöglichkeiten bzw. Stellenhebungen zu schaffen.
2. Die zukünftige Bezahlung soll sich im Wesentlichen aus einer Grundbesoldung, zusätzlichen Leistungselementen, insbesondere einer variablen Leistungsbezahlung sowie zusätzlichen Bezahlungselementen zusammensetzen. Dabei soll an die vorgegebene Besoldungsstruktur ohne Änderung der Nomenklatur angeknüpft werden. Selbstverständlich muss die Grundbesoldung in ihrer Höhe mindestens den heutigen Grundgehaltssätzen entsprechen. Die flexibel nach dem Grad der individuellen Leistung bemessene Leistungsbezahlung muss auf dieser Grundbesoldung „on top“ (übersetzt in bayerische Klarheit „oben drauf“) aufsetzen. Durch weitere Bezahlungselemente sollen dann besondere Erschwernisse oder soziale Aspekte berücksichtigt werden. Die Widerspiegelung einer zunehmenden Lebens- und Berufserfahrung in der Besoldung sowie famili-

enbezogene Komponenten sind beizubehalten. Die für die Verwirklichung dieses Konzepts notwendig werdenden Mittel können ohne Weiteres aus dem Einsparvolumen aufgebracht werden, das die Beamtenschaft durch längere Arbeitszeit seit 1994, durch sonstige Sparmaßnahmen und zuletzt durch gravierende Nichtbeachtung des gesetzlichen Anspruchs auf die Anpassung ihrer Bezüge erbracht hat. Hier erinnerte Habermann daran, dass schon bei Einbringung des Strukturreformgesetzes auf Bundesebene – das war im Jahr 2005 – die beteiligten Gewerkschaften die völlig unzulänglichen Einmalzahlungen nur gebilligt haben, um dieses Gesetz, das dann keines wurde, zu finanzieren. Über die bisherigen Möglichkeiten hinausgehende Sanktionsinstrumente seien unnötig. Die bisherigen Reaktionsmöglichkeiten über das Disziplinarrecht und die Nichtteilnahme an Leistungshonorierung seien völlig ausreichend.

3. Die notwendig werdende Leistungsfeststellung ist losgelöst vom geltenden Beurteilungsrecht transparent und nachvollziehbar zu gestalten. Das Verfahren muss ressort- und behördenspezifische Varianten zulassen.
4. Die jährliche Sonderzahlung ist ungekürzt in die Grundgehälter bzw. Versorgungsbezüge einzubauen.
5. Die Zuordnung der Eingangsmöglichkeiten hat sich an den geforderten Bildungsabschlüssen zu orientieren. Das jetzige System wird dem modernisierten Bildungswesen nicht mehr gerecht.
6. Die bewährten Grundsätze des Beamtenversorgungsrechts sind zu erhalten. Künftige leistungsbezogene Bezahlungselemente sind unter bestimmten Voraussetzungen versorgungswirksam zu gestalten. Eine „verpflichtende“ Heraufsetzung der Altersgrenze hält Habermann für den falschen Weg. Aus seiner Sicht kann allein eine zunehmende Flexibilisierung

des Ruhestandseintritts dem demographischen Wandel wirksam entgegenzutreten. In jedem Fall muss die zu erwartende Umsetzung in Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst zeitlich abgestimmt erfolgen. Die längere Dienstzeit ist versorgungswirksam zu gestalten. Insgesamt sind Anreize zum längeren Verbleib im Berufsleben – anstelle von „Bestrafungen“ bei vorzeitigem krankheitsbedingtem Ausscheiden – erforderlich.

7. Die Schranken der Laufbahngruppen sind deutlich durchlässiger zu gestalten. Die Möglichkeit des Laufbahnwechsels ist auszubauen.
8. Der Anspruch der Beamten und Versorgungsempfänger auf regelmäßige Anpassung der Bezüge an die wirtschaftlichen Verhältnisse unter Berücksichtigung der mit den Dienstaufgaben verbundenen Verantwortung, ist auch im Landesrecht zu kodifizieren.

Uneingeschränkt ist Habermann zuzustimmen, wenn er davor warnt die anstehende Dienstrechtsreform für Spareingriffe zu missbrauchen. Denn damit würde sie jede Glaubwürdigkeit einbüßen und die Chance der Akzeptanz durch die Betroffenen verspielen. Die bayerische Staatsregierung muss die anstehende Reform so gestalten, dass sie das in den vergangenen Jahren leichtfertig vergebene Vertrauen zurückgewinnt. Denn wichtiger als diese oder jene leistungsfördernde Maßnahme ist eine von gegenseitiger Achtung getragene Zusammenarbeit. Nur aus dieser erwächst das Engagement, das Treibstoff für optimale Leistungen ist. <

Grundlagenschulung für Personalräte:

Der Personalrat – die Vertretung aller Beschäftigten

HANS PREISL

König Max I. von Bayern ließ es errichten, das prächtige Bauwerk der „Badeanstalt von Wildbad Kreuth“. Gäste waren unter anderem Franz Joseph I., die Zaren Nikolaus I. und Alexander I. Für sie wurde der heilklimatische Kurort am Tegernsee wegen der herrlichen Landschaft zum beliebten Aufenthaltsort. Sie konnten als Sommerfrischler die herrliche Kulturlandschaft genießen.

Wolfgang Lambl hat diesen Ort als Tagungsdestination auserkoren. Die sehenswerten Gebäude dienen nämlich heute der Hanns-Seidel-Stiftung als Bildungsstätte. Und zu deren Vertretern scheint der Hauptpersonalrat einen exquisiten Draht zu haben. Während Personalräte früher in mittelmäßigen Dorfwirtshäusern geschult wurden, bot das Kreuther Bildungszentrum alles an modernster Tagungstechnik auf, was ein professioneller Seminarbetrieb braucht. Und so wurden in einer ganzen Serie von Grundschulungen neugewählte Personalräte auf ihre künftige Funktion vorbereitet. Das Tagungsambiente ließ also wahrlich nichts zu wünschen übrig. Und Lambls Seminare waren professionell vorbereitet und durchgeführt. Nur deshalb hat es wohl jeder Teilnehmer verziehen, dass er allenfalls bei einem Blick durchs Fenster etwas davon mitbekam, was dem Kreuther Tal den Ruf eines bevorzugten Urlaubsdomizils eingebracht hat.

Referententeam mit hoher fachlicher und methodischer Kompetenz

Und so standen statt Regeneration, Badekuren und Erholung Mitbestimmungsverfahren, Monatsgespräche und juristisches Quellenstudium auf der Agenda. Gestandene Personalräte mit vieljähriger Personalvertretungserfahrung bildeten die Referen-

tenriege. Und da jeder der drei Referenten einen anderen Lehrertyp repräsentierte, wurde auch bei trockenen Rechtsstoffen der Monotonie keine Chance gegeben. Wolfgang Lambl demonstrierte, dass er trotz weitgehender Freistellung nichts von seinem methodischen Repertoire eingebüßt hat und scheute sich auch nicht, in arbeitsteiligen Gruppenarbeitsphasen die Selbsttätigkeit der Tagungsteilnehmer einzufordern. Horst Hackel gab hingegen eher den traditionellen Lehrertyp. Zum Charmeur im Nadelstreifen passt nur ein referentenzentrierter Frontalunterricht. Wieder ganz anders präsentierte sich Walter Faulhaber. Als Personalratsmitglied mit jahrzehntelanger Erfahrung spielte er seine ganze kommunikative Kompetenz aus. Seine Stärke liegt im interaktiven Dialog.

Zunächst ging es darum die Rolle des Personalrats zu klären. Der Personalrat ist im Bereich des öffentlichen Dienstes das Äquivalent zum Betriebsrat. Allerdings sah der Gesetzgeber wegen der spezifischen Aufgabenstellung des öffentlichen Dienstes Veranlassung ein eigenes Personalvertretungsgesetz (PVG) zu formulieren. Anders als das Betriebsverfassungsgesetz, das eine gepflegte Konfliktkultur bewusst zulässt, setzt das PVG mehr auf den Konsensgedanken. Das Gesetz verpflichtet Dienststelle und Personalrat, „zum Wohle der Beschäftigten und zur Erfüllung der dienstlichen Aufgaben im Rahmen der Gesetze und Tarifverträge“ vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.

Das PVG schafft eine transparente Kompetenzverteilung

Die durch das Personalvertretungsgesetz geschaffene Kompetenzverteilung ist einfach und transparent. Auf der Seite des „Arbeitgebers“ steht die Dienststelle. Spiegelbildlich wird auf „Arbeitnehmerseite“ (Beamte, Arbeit-

nehmer) ein Personalrat gebildet. Die Größe der Personalvertretung hängt von der Zahl der in der Dienststelle Beschäftigten ab. Bei einer Schule mit 51 bis 150 Mitarbeitern setzt sich der Personalrat aus fünf Mitgliedern zusammen. Sind in der Dienststelle Angehörige verschiedener Gruppen (Arbeitnehmer und Beamte) beschäftigt, so muss jede Gruppe entsprechend ihrer Stärke im Personalrat vertreten sein, allerdings nur, wenn dieser aus mindestens drei Mitgliedern besteht. Die Amtsperiode der Bayerischen Personalräte ist von bisher vier auf jetzt fünf Jahre verlängert worden. Der Personalrat bestellt aus seiner Mitte einen Vorstand. Diesem gehört ein Mitglied jeder im Personalrat vertretenen Gruppe an. Dabei sollen Frauen und Männer gleichermaßen berücksichtigt werden. Sofern der Personalrat drei oder mehr Mitglieder hat, ist von den Vertretern der stärksten Gruppe im Personalrat ein weiteres Mitglied als stellvertretender Vorsitzender in den Vorstand zu wählen. Der Personalrat muss mit einfacher Stimmenmehrheit in geheimer Wahl aus den Mitgliedern des Vorstands einen Vorsitzenden und bis zu zwei stellvertretende Vorsitzende wählen. Der Vorsitzende führt die laufenden Geschäfte und vertritt den Personalrat im Rahmen der von diesem gefassten Beschlüsse. Falls Angelegenheiten nur eine Gruppe betreffen, vertritt ein der Gruppe angehörendes Vorstandsmitglied im Benehmen mit dem Vorsitzenden den Personalrat.

Das Monatsgespräch – wichtiges Beteiligungselement des Personalrats

Der Leiter der Dienststelle und die Personalvertretung sollen einmal im Monat, bei Bedarf auch öfter, zu gemeinschaftlichen Besprechungen zusammentreten. Dabei soll auch die Gestaltung des Dienstbetriebs behandelt werden, insbesondere alle Vorgänge, die die Beschäftigten wesentlich betreffen. Dabei sollen sie über strittige Fragen mit dem ernstesten Willen zur Einigung verhandeln und Vorschläge für die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten machen. Die Bedeutung des Monatsgesprächs besteht also darin,



Moderator und Referent Wolfgang Lambl: fachlich versierter und methodisch kompetenter Ansprechpartner.



Horst Hackel – der Charmeur im Nadelstreifen – doziert, ohne belehrend zu wirken.



Walter Faulhaber lässt die Seminarteilnehmer an seinem reichen Erfahrungsschatz teilhaben.

dass sich Dienststelle und Personalvertretung als gleichberechtigte Partner in offener Atmosphäre zum regelmäßigen Meinungsaustausch treffen. So kann das Monatsgespräch Meinungsverschiedenheiten klären, Missverständnisse ausräumen und Verständnis für die Position des anderen wecken, ohne einem Zwang zum Kompromiss zu unterliegen.

Weites Aufgabenfeld des Personalrats

In § 69 listet das BayPVG die Aufgaben des Personalrates auf: Er soll

- Maßnahmen, die der Dienststelle und ihren Angehörigen dienen, beantragen,
- dafür sorgen, dass die zugunsten der Beschäftigten geltenden Gesetze, Verordnungen, Tarifverträge, eingehalten werden,
- Anregungen und Beschwerden von Beschäftigten entgegennehmen,
- die Eingliederung Schwerbehinderter und sonstiger schutzbedürftiger, insbesondere älterer Personen in die Dienststelle fördern,
- die Eingliederung ausländischer Beschäftigter in die Dienststelle und das Verständnis zwischen ihnen und den deutschen Beschäftigten zu fördern,
- bei Einstellung, Beschäftigung, Aus-, Fort- und Weiterbildung und beim beruflichen Aufstieg auf die

Gleichbehandlung von Frauen und Männern achten und entsprechende Maßnahmen beantragen.

Der Personalrat ist zur Entgegennahme von Beschwerden verpflichtet. Wenn die Sachprüfung ergibt, dass eine Beschwerde berechtigt ist, muss er durch Verhandlungen mit dem Dienststellenleiter auf eine Erledigung hinwirken. Dem Beschwerdeführer steht das Recht zu über das Ergebnis der Verhandlungen unterrichtet zu werden.

Damit der Personalrat seine Aufgaben sachgerecht durchführen kann, ist er rechtzeitig und umfassend zu unterrichten. Das Gesetz schreibt vor, dass ihm dafür alle notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen sind

Arten der Beteiligung des Personalrats

Neben diesem verfahrensmäßig nicht näher ausgestalteten Informations- und Anhörungsrecht, sind dem Personalrat auch förmliche Beteiligungsrechte eingeräumt. Dabei kennt das Personalvertretungsgesetz zwei Arten der Beteiligung des Personalrats: Mitbestimmung und Mitwirkung. Mitbestimmung heißt, dass die Dienststelle eine Maßnahme erst dann rechtswirksam durchführen kann, wenn der zuständige Personalrat seine Zustimmung erteilt hat. Der Dienststellenleiter unter-

richtet dabei den Personalrat von einer geplanten Maßnahme schriftlich und beantragt seine Zustimmung. Der Beschluss des Personalrates muss der Dienststelle innerhalb von zwei Wochen zugeleitet werden. Verweigert er die Zustimmung, muss er das schriftlich begründen.

Mitbestimmungsrechte

Welche Maßnahmen der Mitbestimmung des Personalrats unterliegen, regelt der Artikel 75 BayPVG:

- Einstellung, Anstellung, Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit
- Beförderung
- Zulassung zum Aufstieg in die nächsthöhere Laufbahngruppe
- Höhergruppierung, Übertragung einer höher zu bewertenden Tätigkeit für eine Dauer von mehr als sechs Monaten
- Rückgruppierung, Übertragung einer niedriger zu bewertenden Tätigkeit für eine Dauer von mehr als sechs Monaten
- Versetzung, Umsetzung innerhalb der Dienststelle, wenn sie mit einem Wechsel des Dienstorts verbunden ist, es sei denn, dass der Beschäftigte mit der Versetzung oder Umsetzung einverstanden ist
- Abordnung für eine Dauer von mehr als drei Monaten, es sei denn, dass der Beschäftigte mit der Abordnung einverstanden ist



Gut gelaunte Seminarteilnehmer erarbeiten an Fallbeispielen Lösungsstrategien...



...die ein konzentriertes Vertrautwerden mit einschlägigen Rechtsquellen voraussetzen.

- Hinausschiebung des Eintritts in den Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze
- Weiterbeschäftigung von Arbeitnehmern über die Altersgrenze hinaus
- Versagung oder Widerruf der Genehmigung einer Nebentätigkeit
- Ablehnung eines Antrags auf Teilzeitbeschäftigung, Ermäßigung der Arbeitszeit oder Urlaub oder Widerruf einer genehmigten Teilzeitbeschäftigung

Initiativrecht

In allen Angelegenheiten, in denen der Personalrat mitbestimmt, gibt ihm das Gesetz ein Initiativrecht, d.h. er kann in wichtigen Fragen eine Entscheidung der Dienststelle beschleunigen oder erzwingen. Außerdem kann er Maßnahmen, die der Dienststelle und ihren Angehörigen dienen, beantragen. Zu Anträgen und Vorschlägen des Personalrats muss der Dienststellenleiter/die Dienststellenleiterin Stellung nehmen. Die Ablehnung eines Antrags ist schriftlich zu begründen.

Mitwirkungsrechte

Mitwirkung ist eine wesentlich schwächere Form der Beteiligung. Hier weist der Gesetzgeber dem Personalrat lediglich ein Mitspracherecht zu, macht die Durchführung der Maßnahme aber nicht von der Zustimmung des Personalrats abhängig. Beabsichtigte Maßnahmen sind dabei vor der Durchführung rechtzeitig und eingehend mit dem Personalrat zu erörtern. Diese Gespräche sollen von einem

ernsthaften Willen zur Verständigung getragen sein.

Der Artikel 76 regelt die Maßnahmen, die einer Mitwirkung des Personalrats unterliegen. Danach hat er Beteiligungsrechte in sozialen und persönlichen Angelegenheiten:

- Regelung der Ordnung in der Dienststelle und des Verhaltens der Beschäftigten;
- Erlass von Disziplinarverfügungen
- Verlängerung der Probezeit
- Entlassung von Beamten auf Probe oder auf Widerruf, wenn sie die Entlassung nicht selbst beantragt haben;
- vorzeitiger Versetzung in den Ruhestand
- allgemeinen Fragen der Fortbildung der Beschäftigten
- Aufstellung von Grundsätzen für die Auswahl von Teilnehmern an Fortbildungsveranstaltungen

Außerdem wirkt der Personalrat mit bei

- Einführung grundlegend neuer Arbeitsmethoden;
- Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung und zur Erleichterung des Arbeitsablaufs;
- Gestaltung der Arbeitsplätze

Bei Nichteinigung im Mitwirkungs- oder Mitbestimmungsverfahren kann die Angelegenheit vom Dienststellenleiter oder dem Personalrat der übergeordneten Dienststelle vorgelegt werden mit der Folge, dass dadurch die dort bestehende Stufenvertretung zuständig wird

„Nicht-förmliche“ Beteiligungsrechte

Die nicht formale Beteiligung der Personalräte regeln die Artikel 67 bis 69 des PVG. Hier sind weder Form noch Verfahren gesetzlich festgelegt. Sie stellen auch die schwächste Form der Beteiligung des Personalrats dar. Sie können nämlich Maßnahmen des Dienststellenleiters weder verhindern noch unwirksam machen. Sachgerechten Argumentationen des Personalrats wird sich aber kaum ein Dienststellenleiter so ohne weiteres entziehen können.

Schweigepflicht

Dienststelle und Personalvertretung arbeiten vertrauensvoll zusammen nach Artikel 10 BayPVG vertrauensvoll zusammen. Deshalb ist die Beachtung der Schweigepflicht eine unerlässliche Voraussetzung für jegliche Personalratstätigkeit. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auf alle Angelegenheiten, die Personen bei der Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Personalvertretungsgesetz bekannt geworden sind. Das gilt zum Beispiel für:

- Beschwerden von Beschäftigten
- Meinungsäußerungen und Abstimmungsverhalten in Sitzungen
- Kenntnisse durch Einsichtnahme in Personalakten

Personalversammlung

Mindestens einmal im Halbjahr muss der Personalrat die Beschäftigten zu einer Personalversammlung einladen, um u.a. den Rechenschaftsbericht

über die geleistete Arbeit zur Diskussion zu stellen. Die Personalversammlung besteht aus den Beschäftigten der Dienststelle. Sie wird vom Vorsitzenden des Personalrats geleitet und ist nicht öffentlich. Auf der Personalversammlung können Empfehlungen an den Personalrat beschlossen werden. Die anstehende Novellierung des Personalvertretungsgesetzes sieht vor die Zahl der Personalversammlungen dem Bedarf anzupassen. Künftig wird deshalb nur noch eine Personalversammlung pro Schuljahr vorgeschrieben sein.

Neben diesen ordentlichen Personalversammlungen kann der Personalrat bei Bedarf eine außerordentliche Personalversammlung einberufen; auf Antrag eines Viertels der wahlberechtigten Beschäftigten und auf Wunsch des Leiters der Dienststelle muss er es tun.

Stufenvertretung

In Angelegenheiten, in denen eine übergeordnete Dienststelle zur Entscheidung befugt ist, wird anstelle des örtlichen Personalrats die bei der zuständigen Dienststelle gebildete Stufenvertretung beteiligt. Die entsprechende Stufenvertretung wird dabei Kontakt aufnehmen. Die Äußerungen der örtlichen Personalräte können, müssen aber nicht berücksichtigt werden. Stufenvertretungen unterstützen die örtlichen Personalräte. Sie stehen für Anliegen, Informationen und Initiativen zur Verfügung. Für örtliche Personalräte ist immer der Bezirkspersonalrat der unmittelbare Ansprechpartner. Die Kontaktaufnahme zur übergeordneten Dienststelle ist Sache des Dienststellenleiters.

Verbände bündeln politische Anliegen

Dem Personalrat steht die Öffentlichkeit zur Durchsetzung seiner Interessen nur unter erschwerten Bedingungen zur Verfügung. Deshalb sieht Wolfgang Lambl in den Verbänden die Möglichkeit, politische Anliegen zu bündeln und deutlich zu artikulieren. Ihr Gewicht hängt allerdings stark vom Organisationsgrad der Beschäftigtengruppe ab. Nur eine starke Lob-

by erlaubt es gegenüber Gesetzgeber und Exekutivorganen berechnete Ansprüche durchzusetzen. Dem Referententeam sei deshalb doppelt gedankt: Es hat intensiv, sachkundig und enga-

giert in das komplexe Feld der Personalratsarbeit eingeführt und steht gleichzeitig seinen Mann, wenn es im politischen Alltagsgeschäft dicke Bretter zu bohren gilt. <

Annahme von Geschenken durch Lehrkräfte

Die rechtlichen Rahmenbedingungen bei der Annahme von Geschenken durch Lehrkräfte sind – wie sonst auch im öffentlichen Dienst – sehr restriktiv (§§ 331, 332 StGB; Art. 79 BayBG; Korruptionsrichtlinien der Staatsregierung). Ausgenommen vom Annahmeverbot sind lediglich die nach allgemeiner Auffassung geringwertigen Aufmerksamkeiten sowie Geschenke aus dem Mitarbeiterkreis der Beamten im herkömmlichen Sinn (s. ausführlich die VV zu Art. 79 BayBG). Eine feste Wertgrenze gibt es – leider – nicht. Wir drucken im Folgenden ein KMS ab, das über die Annahme von Belohnungen und Geschenken informiert.

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus

Verbot der Annahme von Belohnungen und Geschenken durch Lehrkräfte

Sehr geehrte Damen und Herren,

durch das Gesetz zur Bekämpfung der Korruption vom 13. August 1997 (BGBl I S. 2038) wurden die Straftatbestände der Vorteilsannahme und der Bestechlichkeit (§ 331 und 332 StGB) auf sogenannte Dritt Vorteile erstreckt. Das hat dazu geführt, dass auch die Annahme von Belohnungen und Geschenken durch Lehrkräfte für den Diensttherm strafrechtliche Folgen haben kann. Die Strafbarkeit der Vorteilsannahme entfällt allerdings, wenn „die zuständige Behörde im Rahmen ihrer Befugnisse entweder die Annahme vorher genehmigt hat oder der Täter unverzüglich bei ihrer Anzeige erstattet und sie die Annahme genehmigt“ (§ 331 Abs. 3 StGB).

Vor allem diese Erweiterung der Strafvorschrift des § 331 StGB hat dem Vernehmen nach in einer Reihe von Fällen zumindest zu staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren gegen Schulleiter und Lehrkräfte geführt. Um derartige Verwicklungen von Lehrkräften künftig zu vermeiden, bitten wir, Fälle beabsichtigter Annahme von Belohnungen oder Geschenken dem Ministerium mitzuteilen. Dabei ist der Sachverhalt jeweils so ausführlich darzustellen, dass allein darauf gestützt ohne weitere Rückfragen geprüft werden kann, ob eine Ausnahme vom Annahmeverbot (Art. 79 Satz 1 BayBG) möglich ist.

Ergänzend weisen wir auf Folgendes hin: Art. 84 Abs. 1 Satz 1 BayEUG begründet ein grundsätzliches Werbeverbot an Schulen; Ausnahmen hiervon lassen die Schulordnungen auf der Grundlage des Art. 84 Abs. 1 Satz 2 BayEUG nur in sehr begrenztem Umfang zu. Als genehmigtes Beispiel zu nennen sind hier insbesondere die bei Sammelbestellungen gewährten Rabatte (z.B. § 68 Abs. 2 VSO, § 110 Abs. 2 RSO, § 124 Abs. 2 GSO). Bei Sammelbestellungen von Büchern sind die Beschränkungen des Buchpreisbindungsgesetzes (BuchPrG) zu beachten. Belohnungen und Geschenke, die im Zusammenhang mit Werbemaßnahmen von Wirtschaftsunternehmen an Schulen stehen, sind dagegen von vornherein in der Regel nicht genehmigungsfähig.

Nach den Nr. 1.3.5 der Verwaltungsvorschriften zu Art. 79 Bayerischen Beamtenengesetz, FMBek. vom 21.02.2002, ist die Annahme von nach allgemeiner Auffassung geringwertiger Aufmerksamkeiten sowie von Geschenken aus dem Mitarbeiterkreis der Beamten im herkömmlichen Umfang als stillschweigend genehmigt anzusehen.

Bezüglich der Gewährung von Freiplätzen für Lehrkräfte durch Jugendherbergen ist eine gesonderte Ausnahmeregelung nach Art. 79 Satz 1 BayBG beabsichtigt.

Die Annahme von Freixemplaren von Schulbüchern oder preislich herabgesetzten Exemplaren ist zulässig, wenn die betreffenden Bücher für eine Verwendung im Unterricht geprüft werden sollen (§ 7 Abs. 1 Nr. 3 Buchpreisbindungsgesetz). Bei Vorliegen einer dieser Fallgestaltungen unterbleibt daher eine Mitteilung an das Ministerium.

Mit freundlichen Grüßen
Erhard, Ministerialdirektor

Entscheidung des Verwaltungsgerichts:

Lehrer muss Schulbücher nicht selbst zahlen

HANS PREISL

Immer dreister werden die Versuche staatlicher Institutionen, Lehrern skrupellos ans Portmonnee zu gehen. Nach Lohn-, Beihilfe- und Zulagenkürzungen war die Verweigerung der steuerlichen Absetzbarkeit des Arbeitszimmers der bisher letzte Coup. Das schien einer Bezirksregierung in Nordrhein-Westfalen immer noch nicht genug. Sie vertrat die abstruse Meinung (übrigens in Abstimmung mit dem zuständigen Bildungsministerium), dass Teile der Lehrerbesoldung für die Beschaffung von Arbeitsmitteln bestimmt seien. Die Bezirksregierung von Münster wies deshalb einen Lehrer per Verfügung an, rechtzeitig zu Schuljahresbeginn die benötigten Schulbücher selbst anzuschaffen.

Schulbuchverlage stellen bekanntlich kaum noch kostenlose Lehrere Exemplare zur Verfügung. Weil ein Englischlehrer nicht einsah die Bücher aus eigener Tasche zu finanzieren, wollte er seine Arbeitsmittel von seiner Schule gestellt bekommen. Dieses Bemühen war allerdings nicht von Erfolg gekrönt. Deshalb wandte sich der Lehrer mit einem Eilantrag an das zuständige Verwaltungsgericht.

Behördenentscheidung greift unzulässig in Grundrechte des Lehrers ein

Dieses gab dem Antrag des Lehrers statt, der Verpflichtung zur Beschaffung der Bücher vorläufig bis zu einer Entscheidung über seine inzwischen erhobene Klage, nicht nachkommen zu müssen. Die angegriffene Verfügung sei offensichtlich rechtswidrig, begründeten die Richter ihre Entscheidung. Der Behörde fehle die Rechtsgrundlage für eine solche Verfügung, die in die Grundrechte des Lehrers eingreife. Die Lehrerbesoldung sei entgegen der Ansicht der Bezirksregierung nicht in Teilen zur

Beschaffung von Arbeitsmitteln bestimmt. Es sei auch keine Regelung ersichtlich, die die Behörde ermächtige, Lehrer zu verpflichten, sich Unterrichtsmaterialien selbst zu kaufen. Bestehende Regelungen legten eher den Schluss nahe, die Beschaffung von Lehrmitteln sei nicht Aufgabe des Lehrers.

Gewohnheitsrecht liefert keine Rechtsgrundlage

Auch den Versuch der Bezirksregierung, eine entsprechende Verpflichtung aus dem Gewohnheitsrecht abzuleiten, wiesen die Richter der Vierten

BBB fordert flexiblen Ruhestandseintritt

Pressemeldung des Bayerischen Beamtenbundes

Prof. Dr. Walter Eykmann, der Vorsitzende des Landtagsausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, hat anlässlich einer Sitzung des Hauptvorstandes des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) u. a. Stellung zur Ankündigung des Finanzministers bezogen, das Ruhestandseintrittsalter entsprechend der Regelungen im Rentenbereich anheben zu wollen. Der BBB bekräftigte seine grundsätzliche Forderung nach flexiblen Regelungen.

Anlässlich der Veranstaltung wies der Ausschussvorsitzende darauf hin, dass die Beamten bereits seit dem Jahr 1994 eine Arbeitszeit von 40 Wochenstunden zu leisten hätten. Seit 2004 gälten die aktuellen 42 Wochenstunden. Im Tarifbereich hingegen seien die 38,5 Stunden erst unter Geltung des TV-L, also erst zu Beginn des letzten Monats durch 40,1 Stunden ersetzt worden. Mit Blick auf diese Ent-

Kammer zurück. Schon die hierfür erforderliche langjährige Übung, dass die Lehrer die erforderlichen Schulbücher selbst finanzierten, gebe es nicht. Das Gericht verwies in diesem Zusammenhang unter anderem darauf, dass erst seit jüngster Zeit Schulbuchverlage und Schulbuchhändler mit Rücksicht auf die Buchpreisbindung dazu übergegangen seien, kostenlose Lehrere Exemplare nicht mehr oder nur noch eingeschränkt zur Verfügung zu stellen.

Ergebnis

Ein Lehrer darf deshalb nicht verpflichtet werden, die für den Unterricht benötigten Schulbücher selbst zu finanzieren. Dies hat das Verwaltungsgericht Münster durch Eilbeschluss vom 16. August 2006 entschieden. (OVG Münster, Beschluss v. 16. 8. 2006, 4 L 471/06; n. rk.) <

wicklung forderte Eykmann, das Ruhestandsalter der bayerischen Beamtinnen und Beamten nicht automatisch vom 65. auf das 67. Lebensjahr anzuheben. „Die seit 1994 tatsächlich geleisteten wöchentlichen Arbeitsstunden rechtfertigen auf gar keinen Fall eine schematische Anhebung um zwei Jahre!“

Rolf Habermann, Vorsitzender des BBB, begrüßt den Vorstoß Eykmanns. Insgesamt bleibe aber festzuhalten, dass man die Anhebung der Altersgrenze für den falschen Weg halte. Wichtig seien flexiblere Möglichkeiten für den Übergang in den Ruhestand, die Raum für besondere Altersgrenzen und individuelle Bedürfnisse lassen. „Anstatt diejenigen, die nicht mehr können, durch Abzüge von den Bezügen zu bestrafen, sollte es denjenigen, die länger arbeiten wollen, auch ermöglicht werden das zu tun.“ Noch immer sei der Anteil an Beamten, die vorzeitig aus dem Arbeitsleben ausgeschieden viel zu hoch. Hier sei vorrangig anzusetzen, meint Habermann. <

Inhaltsverzeichnis 2006

Thema des Tages	Heft / Seite	Thema des Tages	Heft / Seite
Käfler Hans: 2006 – ein entscheidendes Jahr für die Bildungspolitik in Bayern	01/03	Lochner Horst: Landwirtschaftliche Berufsausbildung in der Schweiz	10/15
Käfler Hans: Selbständige berufliche Schulen – auch in Bayern	02/03	VLB: aktuelle Pressemitteilungen	10/17
Käfler Hans: Aufruf zu Personalratswahlen	03-04/03	Preißl Hans: Parlamentarischer Abend mit der SPD-Fraktion	11-12/48
Käfler Hans: In Ausbildung investieren statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren	05/03	DL: DL-Präsident Kraus: Seit Erfurt vieles verschlafen	11-12/51
Käfler Hans: Brauchen wir ein „Berufsbildungs-PISA“?	06/03	Preißl Hans: Parlamentarischer Abend mit der Fraktion von Bündnis90/Die Grünen	11-12/52
Preißl Hans: Schluss mit den Sonderopfern!	07/03	Preißl Hans: Arge Alp 2006 in Thun/Schweiz	11-12/55
Käfler Hans: Start ins neue Schuljahr	08-09/03	VLB: Abt. berufliche Schulen hat neuen Leiter – VLB geht auf Tuchfühlung	11-12/60
Käfler Hans: Die Arbeitsbedingungen an beruflichen Schulen verbessern!	10/03	Pressemeldungen BLBS, BiBB	11-12/60
Käfler Hans: Vorsichtiger Optimismus ist angebracht	11-12/03		
		8. VLB Berufsbildungskongress	
		Memmingen – eine Stadt mit Perspektiven	06/17
		Gneiser Hans-Peter: Staatliche FOS/BOS	07/14
		Stark Bernhard: Staatliche Wirtschaftsschule	07/15
		Stark Bernhard: Staatliches Kaufmännisches Berufsbildungszentrum	08-09/19
		Grußworte zum 8. VLB Berufsbildungskongress	10/04
		Gneiser Hans-Peter: Staatliche Berufsschule I	10/10
		Stechele Frederike: BS Mindelheim, Außenstelle Memmingen	10/13
		Programm 8. VLB Berufsbildungskongress	10/21
		Preißl Hans: Berufliche Schulen – Investition in eine erfolgreiche Zukunft	11-12/04
		Thiel Peter: Hauptveranstaltung im Memminger Theater	11-12/12
		Ruf Martin: Forum Bildungspolitik	11-12/19
		Preißl Hans: Forum Dienstrecht	11-12/21
		Ruf Martin: Ergebnisse der Arbeitskreise	11-12/24
		VLB-Entschließen	11-12/42
		Impressionen	11-12/46
		Presseschau	11-12/47
		Dienstrecht	
		Götz Marion: In welchen Fällen hafte ich als Lehrkraft	01/10
		Lambl Wolfgang: HPR ackert für Prüfungsentlastung im Agrarbereich	01/11
		Lambl Wolfgang: HPR: Stellvertreter und Fachbetreuer auf Unterrichtsbesuch	01/12
		statis: Lehrer gehen mit durchschnittlich 62 in Pension	01/12
		Lambl Wolfgang: HPR schult örtliche Wahlvorstände	02/06
		Lambl Wolfgang: Mehrarbeit im Schuldienst	02/07
		Lambl Wolfgang: Wissenswertes über die Beihilfe	02/08
		Wegstreckenentschädigung nach BayRKG	02/10
		VLB-Personalratskandidaten	03-04/09
Bildungspolitik			
Preißl Hans: Bayerischer Berufsbildungskongress: Innovation Berufliche Bildung	01/04		
Preißl Hans: Bayerischer Berufsbildungskongress: Ausbildungsreife von Jugendlichen	01/07		
Preißl Hans: Trauriger Rekord – Zahl der Ausbildungsverträge auf Tiefstand	02/04		
BiBB: Tarifliche Ausbildungsvergütungen 2005	02/05		
IG Metall und ver.di: Warnung vor Bürokratisierung der Berufsbildung in Europa	02/05		
Preißl Hans: Parlamentarischer Abend mit der CSU-Fraktion	03-04/04		
Preißl Hans: Gesetzentwürfe zur Änderung BayEUG	05/04		
VLB-Stellungnahmen zum BayEUG	05/06		
Hirschmann Norbert: 1. Gesundheitstag der abl	06/05		
Preißl Hans: Der berufliche Bildungsweg in Österreich – Vorbild für Bayern?	06/07		
Preißl Hans: Alarmierende Situation der Schüler mit Migrationshintergrund	06/08		
PM: Stoiber fordert klare Konsequenzen aus der OECD-Bildungsstudie	06/10		
Leischner Dietmar: VLB-Studienreise in die Niederlande	07/04		
Leischner Dietmar: Das Bildungssystem der Niederlande	07/07		
Lambl Wolfgang: Wie gewinnt man Führungskräfte	07/08		
DL: Lehrstellenmisere ist Skandal erster Ordnung	07/10		
PM: Zum Geburtstag von Prof. Dr. Hans Maier	07/11		
Preißl Hans: Kontaktgespräche zwischen VLB und Abteilung VII des KM	08-09/04		
Greubel Manfred: Fehlende Ausbildungsreife – Ursachen und Lösungsansätze	08-09/07		
Thiel Peter: Zu den Geburtstagen von Rudolf Karrasch, Hermann Braun und Hans Maier	08-09/09		
Pohlmann Heiko: Lehrerbildung für das Lehramt an beruflichen Schulen im Umbruch	10/14		

Heft / Seite	Heft / Seite
	Umschau
Senioren:	Termine: 01/31
Schulter Berthold: Grundsätze des Berufsbeamtentums (I) 01/26	02/37; 03-04/36; 07/35; 10/39
Röde, Dieter: Münchener Senioren besuchen die Pyramiden 01/29	
Schulter Berthold: Grundsätze des Berufsbeamtentums (II) 02/34	Kommunale und private Schulen:
Schulter Berthold: Aktuelles zum Beamtenrecht 03-04/31	Baumann Erich: 100 Jahre Kerschensteiner Berufsschulzentrum 10/40
Schulter Berthold: Entwarnung in Sachen Beihilfe 05/32	
Seniorenvertreter im VLB – noch Mitstreiter gesucht 05/33	Für Sie persönlich:
Röde Dieter: Sitzung der Seniorenvertreter 06/41	Aufwendungen für das häusliche Arbeitszimmer 01/35
Schulter Berthold: Ein Skandal mit verheerenden Langzeitfolgen 07/29	Lang Helmut: Sozialversicherungsdaten 2006 02/38
Schramm Berthold: Maiausflug der oberfränkischen Senioren 07/32	Schulter Berthold: Rückforderung bei gekündigten Lebensversicherungen 02/42
Fischer Lothar: Oberpfälzer Pensionistengruppe auf Spurensuche in Regensburg 08-09/31	Haftpflichtversicherung – Neuschadenmeldung 03-04/37
Kern Erwin: Niederbayerns Pensionisten in Zwiesel 08-09/32	Ruf Martin: Tipp für den Urlaub 05/34
Röde Dieter: Münchner Senioren in Polling 10/36	Schulter Berthold: Aktuelles zur Beihilfe 10/40
Fischer Lothar: Pensionisten – wo seid ihr? 11-12/70	Keine GEZ-Gebühren zusätzlich für Lehrkräfte 10/42
Wilhelm Konrad: Schwäbisches Pensionistentreffen 11-12/71	BBB: Steueränderungsgesetz 2007 11-12/78
	Lambl Wolfgang: Reduzierung der Unterrichtspflichtzeit für Religionspädagogen/FH 11-12/79
Personalien:	Leser schreiben: 01/33
Hertel Hans-Dieter: WiSo-Ehrenmedaille für Prof. Hermann Braun 03-04/31	
Puryear Rudi: Heinz Langer feiert 80. Geburtstag 03-04/32	Bücher/Medien: 03-04/38
In memoriam Helmut Pohl 05/33	05/35; 08-09/41
Puryear Rudi: Walter Fruhstorfer im Ruhestand 08-09/32	Nachrichtliches: 02/43
Puryear Rudi: Franz Thurner Neuer Sachgebietsleiter 08-09/33	05/37; 08-09/42
Kurt Neudert neuer Abteilungsdirektor 08-09/33	
Fischer Lothar: BV Oberpfalz trauert um Ehrenmitglied Ernst Peter 08-09/34	Glosse:
Puryear Rudi: Horst Weiß verstorben 08-09/34	Kühner Richard: Sind Sie schon faktorisiert? 05/39
Dr. Kellner Gerhard: In memoriam Jutta Winkelmann 10/38	
Altenthon Sophia: Lothar Fischer feierte 70. Geburtstag 11-12/72	Letzte Umschlagsseite:
Eirich Gustav: Eduard Wörner sagt Schulaufsicht ade 11-12/73	VLB-Stellungnahme zum Rauchverbot 01/36
Wiederer Klaus: Norbert Kornder – Neuer Sachgebietsleiter 42.2 11-12/73	Gastkommentar Hajeck Rainer: Vorurteil mit Folgen: Faule Lehrer? 02/44
sowie 01/29; 02/36; 03-04/33; 05/33; 06/42; 07/33; 08-09/35; 10/38; 11-12/74	Stimmzettel zur Wahl des HPR 03-04/40
	VLB-Pressmeldung zum Handyverbot 05/40
Vermischtes:	Steuerliche Behandlung von Arbeitszimmern 06/44
Fischer Lothar: Prag – ein voller Genuss 03-04/35	Thiel Peter: „Sei auch Du der Wandel ...“ 08-09/44
Lochner Horst: Oslo, Bergen und herrliche Landschaften 08-09/37	Beihemer:
Helbig Dorothea: Im Rausch der Sinne – Kultur und Wandern mit dem BV Unterfranken 08-09/37	Haftpflichtbedingungen 01
Fischer Lothar: VLB-Senioren in der hohen Tatra 08-09/38	Jahresinhaltsverzeichnis 02
Messmer Franz: Europa erleben, diesmal in der Emilia-Romagna 08-09/39	
Maier Hermann: 42-jähriges BPI-Treffen 08-09/40	
KV Obb.-Nord/West: Osterreise 2007 nach Polen 11-12/77	
BV Ufr. und Obb: Pfingstreise 2007 nach Oberitalien 11-12/77	

200 Jahre berufliche Bildung in Würzburg:

„Eine Idee schlägt Wurzeln“

PETER THIEL

Im August des Jahres 1806 unterzeichnete der Würzburger Landesherr, Erzherzog Ferdinand von Toscana, ein Dokument, welches eine fundamentale Bedeutung für die Stadt und die umliegende Region erlangen sollte. Es handelte sich dabei um die Zustimmung zur Gründung einer Vereinigung, die den Namen „Gesellschaft zur Vervollkommnung der mechanischen Künste und Handwerke“ erhalten sollte.

Dies war sozusagen der Startschuss für die Entwicklung der beruflichen Bildung in Mainfranken. Die „Gesellschaft“ wurde später in „Polytechnischer Zentralverein“ umbenannt und übte ihre segensreiche Wirkung nicht nur in der Stadt, sondern auch in den strukturschwachen Gebieten Unterfrankens bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus.

Für einen Kreis von Würzburger Berufsbildungsfachleuten war dieses 200 Jahre zurückliegende Gründungsereignis Anlass zur Gestaltung einer bebilderten Dokumentation mit dem Titel „Eine Idee schlägt Wurzeln“. Das 200 Seiten umfassende Buch wurde kurz vor Weihnachten am Gewerblichen Berufsbildungszentrum I, Würzburg (Franz-Oberthür-Schule), der Öffentlichkeit vorgestellt und stieß auf große Zustimmung.

Die Idee, die einst Wurzeln schlug, stammte in erster Linie von dem Bildungsreformer Franz Oberthür, der von 1745 bis 1831 lebte. Er war damals Domkapitular und Universitätsprofessor in Würzburg und gilt als Hauptinitiator der genannten Vereinsgründung. Insbesondere was Fragen der Menschenbildung betraf, war Oberthür seiner Zeit weit voraus und dachte erstaunlich modern in die Zukunft. Allein freilich konnte er seine Vision nicht umsetzen, und so suchte er sich Gleichgesinnte. Ein solcher war beispielsweise Freiherr Franz von Hutten,

der Kämmerer des Erzherzogs. Auch vor 200 Jahren war es wohl nicht gerade nachteilig, einen Finanzchef an seiner Seite zu wissen, wenn man eine Vision anpackte. Zu den Gleichgesinnten zählten auch zahlreiche ortsansässige Handwerksmeister, welche sich um die Leistungsfähigkeit ihres Nachwuchses sorgten.

Bildung als Grundrecht

Zum Ziel gesetzt hatte sich der Verein die technische sowie die allgemeine und religiöse Bildung junger Handwerker, die durch die damals nur sechsjährige Schulausbildung gewiss etlichen Nachholbedarf hatten.

Zwei Aspekte standen für Oberthür im Vordergrund seiner Überlegungen: Zum einen verstand er – als früher Vertreter der katholischen Sozialethik – Bildung als ein Grundrecht, das jedem Bürger zustand. Zum anderen war er davon überzeugt, dass es dem Vaterland zugute kommen musste, wenn die Menschen eine höhere Bildung haben. In seiner Schrift mit dem Titel „Erziehungssystem“ heißt es u.a.:

„Jeder Bürger hat das Recht, vom Staat zu fordern, dass er ihm Gelegenheit verschaffe, seine Talente so auszubilden, dass er dadurch seinem Vaterland nützlichere Dienste leisten und sich selbst dadurch in eine glücklichere Lage versetzen kann ...“.

Eine Frühform des dualen Systems

Ersetzen wir das von Oberthür genannte „Vaterland“ durch den Begriff „Wirtschaftsstandort“, dann landen wir mitten in der Gegenwart. Bei der von dem Verein organisierten Bildungsarbeit handelte es sich bereits um eine Frühform des dualen Systems. Durch systematische und methodisch durchdachte Schulungs- und Übungsmaßnahmen wurde die Meisterlehre ergänzt, wobei, wie gesagt, auch Glaubens- und Allgemeinbildung nicht zu kurz kamen. Dass die-

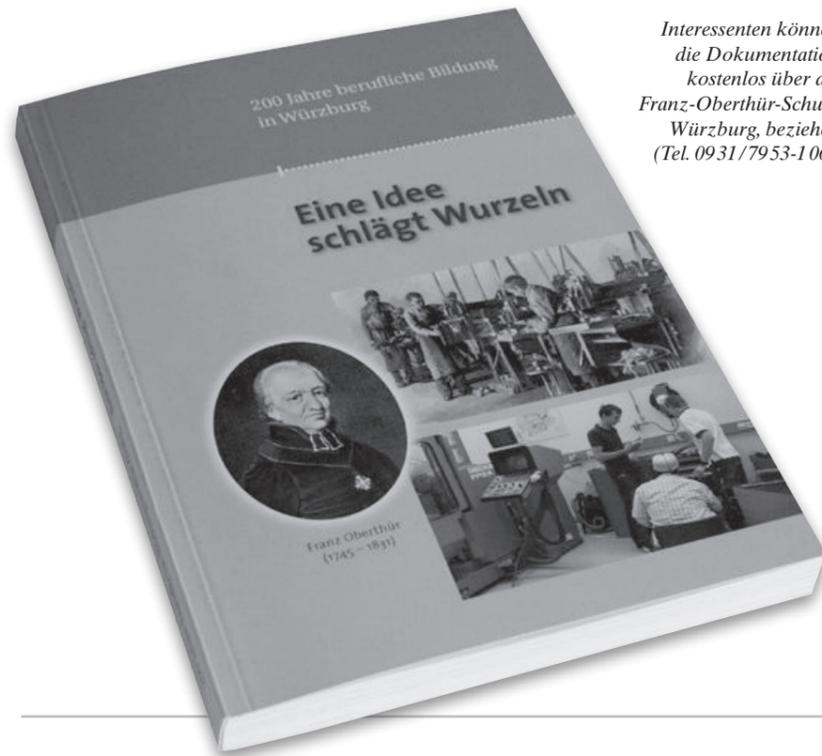
se frühen berufsbegleitenden Maßnahmen in Form der Sonn- und Feiertagsschule durchgeführt wurden, bedeutete für die Betroffenen aus heutiger Sicht freilich eine außergewöhnliche Härte. Aber es war eben ein Anfang und verbesserte Regelungen ließen nicht lange auf sich warten.

Brückenschlag in die Gegenwart

Bei der Vorstellung des Buches ging es freilich nicht nur um Nostalgie. Es wurde die Brücke geschlagen in die Gegenwart, mit der sich die Dokumentation schwerpunktmäßig beschäftigt. „Wie zu Oberthürs Zeiten, mangelt es im Mainfränkischen auch heute an qualifizierten Fachkräften, somit ist die Situation vergleichbar“, hieß es. Heute aber verfügen wir über ein gut ausgebautes System beruflicher Schulen, das allerdings für viele Zeitgenossen noch immer ein Buch mit sieben Siegeln sei. Dennoch, zwei Drittel der jungen Leute eines Geburtenjahrgangs durchlaufen die Berufsschule und die Bildungsbemühungen dieser Schule sollten eigentlich hinlänglich bekannt sein.

Die „Baustellen“ nicht ignorieren

Hingewiesen wurde bei der Veranstaltung auch auf die widrige Tatsache, dass die internationalen Bildungsvergleiche der OECD – Stichwort PISA – die berufliche Bildung völlig übergehen und als Bewertungskriterium für die Güte eines nationalen Bildungssystems nur die Anzahl der Abiturienten gelten lassen. Auch eine Reihe von aktuellen Defiziten beruflicher Schulen blieben nicht unerwähnt, so beispielsweise das völlig ungelöste Problem der Jugendlichen ohne Ausbildungsplätze, die schier überquellenden FOS-Klassen oder der teilweise eklatante Lehrermangel an den beruflichen Schulen. Diese „Baustellen“ zu ignorieren sei riskant: Zum einen nämlich schlafe die internationale Konkurrenz nicht und zum anderen könne die bundesdeutsche Gesellschaft alles andere brauchen als ein Heer potentieller Sozialfälle. Darauf aber steuere der derzeitige Umgang mit den Jugendlichen ohne Ausbildung zu.



Interessenten können die Dokumentation kostenlos über die Franz-Oberthür-Schule, Würzburg, beziehen (Tel. 0931/7953-106).

Be der Stadt und lobte das klare Bekenntnis zur Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung, welche in der Dokumentation zum Ausdruck komme.

Überzeugte Sponsoren

Die Grußadressen, welche in das Buch einführen, stammen u.a. von Bayerns Kultusminister Siegfried Schneider, von Würzburgs Oberbürgermeisterin Pia Beckmann und von VLB-Landesvorsitzendem Hans Käfler.

Der entscheidende Impuls zur Erstellung des Werks kam vor Jahresfrist bereits von Würzburgs ehemaligem Stadtschulrat Heinz Michler, der auch am Inhalt mitgearbeitet hat. Die Redaktion lag bei Hermann Sauerwein und Peter Thiel, die sich ebenfalls als Autoren einbrachten.

Weitere Autoren waren: Elfriede Bernard, Dr. Curt Cheauré, Manfred Eyrich, Herbert Geiger, Luise Götz, Rainer Höfling, Einar Kerler, Erich Kraus, Dorothea Liebscher, Theo Müller, Reinhard Munz, Wilhelm Ott, Thomas Ruderisch, Kristina Schunk, Hans Übler und Hans-Ulrich Zipfel.

Die technische Herstellung der 200-Seiten starken Dokumentation im DIN A5-Format machte Sponsoring erforderlich. Hierbei verdient Hermann Sauerwein besondere Dankesworte. Immer wieder war es ihm gelungen, die Sponsoren von der Sinnfälligkeit unseres Unternehmens zu überzeugen. In großzügiger Weise beteiligten sich an den Druckkosten u.a. der Förderverein der Franz-Oberthür-Schule, das Ordinariat der Diözese Würzburg, die Sparkassenstiftung Mainfranken sowie die Stadt Würzburg.

Großzügiges Medienecho

Der Vorstellung der Dokumentation folgten Berichterstattungen in den Würzburger Tageszeitungen und im Rundfunk, so dass zu hoffen ist, dass die Autoren den genannten Zielen ein Stück näher gekommen sind. Zu hoffen ist auch, dass nun einige Würzburger mehr wissen, wohin sie Franz Oberthür stecken sollen, wenn sie nach diesem gefragt werden. <

Was wollen die Autoren?

Worum geht es ihnen bei dieser nicht alltäglichen, ganz und gar ehrenamtlichen Initiative? Dazu gibt es verschiedene Antworten:

- Sie wollen zunächst die Vielzahl der beruflichen Schulen Würzburgs vorstellen. Diese Vielfalt nämlich trug in der Vergangenheit maßgeblich dazu bei, Würzburgs Ruf als Schulstadt zu begründen, ein Markenzeichen, das angesichts aktueller Entwicklungen allerdings langsam zu verblassen droht.
- Sie wollen die Bildungsziele der verschiedenen beruflichen Schulen – insbesondere der Berufsschule – darstellen, über die einzelnen Bildungsgänge informieren und deutlich machen, dass berufliche Bildung mehr ist als rein zweckorientierte Ausbildung.
- Sie wollen mit der Schrift an die politischen Entscheidungsträger appellieren, die Bedeutung der beruflichen Schulen im Auge zu behalten und die dringend erforderlichen Reformen nicht zu lange vor sich herzuschieben, zu verschlafen oder gar zu ignorieren.

Sie wollen junge Menschen ermutigen, sich für den beruflichen Bildungsweg zu entscheiden und auf diesen zu vertrauen.

Und nicht zuletzt wollen sie den Protagonisten und Bildungsreformer Franz Oberthür einer breiteren Öffentlichkeit in Erinnerung bringen. In Würzburg gibt es immerhin eine Franz-Oberthür-Straße und die nämliche Franz-Oberthür-Schule, dennoch zucken viele Bürgerinnen und Bürger die Schultern, wenn man sie nach dem Namenspatronat befragt.

Lob für das klare Bekenntnis zur Gleichwertigkeit

Die Begrüßung der Teilnehmer an der Vorstellungsrunde hatte Gerd Köhler, der Vorsitzende des Schulfördervereins übernommen. „Ich bin sicher, dass eine berufliche Bildung, die 200 Jahre verwurzelt ist, den Auszubildenden auch in Zukunft gute Chancen gewährt“, sagte er. Auf die menschenbildende Bedeutung des Religionsunterrichts an der Berufsschule wies der Schulreferent der Diözese, Domkapitular Günter Putz, hin. Bürgermeister Dr. Adolf Bauer überbrachte die Grü-

Sportunterricht an der Berufsschule:

Über die Notwendigkeit eines überfälligen Paradigmenwechsels

THOMAS OSCHMANN

Dass es einen Zusammenhang zwischen sportlichem Engagement und Gesundheitsförderung gibt, ist hinlänglich bekannt. Bereits im öffentlichen Bewusstsein existiert eine enge Assoziation. Sport fördert die Gesundheit und verbessert die allgemeine Befindlichkeit – so lautet die gängige Vorstellung über das scheinbar ganz einfache Verhältnis von Sport und Gesundheit. In einer risikoreichen Welt trägt der Sport wesentlich dazu bei, junge Menschen in ihrer Entwicklung zu fördern und ihre Gesundheit zu stärken. Vor diesem Hintergrund scheint es sinnvoll, Sporttreiben möglichst früh als Element einer gesunden Lebensführung in den Alltag zu integrieren. Auf den zweiten Blick stellt sich diese „Wenn-dann-Logik“ wesentlich komplexer dar:

Dahinter verbirgt sich ein komplizierter Balanceakt zwischen persönlichen Ressourcen und sozialökologischen Bedingungen, zwischen Selbstbestimmung und Anpassungsfähigkeit, Gegenwart und Zukunft, Lebensstil und Lebenswelt, Risiko- und Schutzfaktoren, zwischen pädagogischer Anspruchslosigkeit und Instrumentalisierung, zwischen einem Zuviel und Zuwenig.

Die Zeit der einfachen Gewissheit ist vorbei. Sportliche Aktivitäten sind nicht per se gesund. Immer stärker wird der Ambivalenzcharakter sportlicher Betätigung betont. Denn die gesundheitlichen Risiken des Sports oder die übertriebenen Effekterwartungen von Gesundheitssportkursen sind mittlerweile bestens bekannt. Mögliche gesundheitsbezogene Auswirkungen treten nicht isoliert auf, sondern sie stehen in einem komplexen Zusammenhang.

Aus der jugendbezogenen Forschung ist bekannt, dass die veränderten gesellschaftlichen Lebensbedingungen und die daraus resultierenden Verhaltensgewohnheiten zunehmend die Gesundheitssituation der Jugendlichen bestimmen. Besonders problematische Familiensituationen, hoher Leistungsdruck, Konsumwelten und die arbeitsmarktpolitische Situation bilden die risikoreichen Ausgangsbedingungen für den Aufbau einer stabilen Persönlichkeit und eines damit verbundenen gesunden Lebensstils.

„Gesundheitsförderung“ – als Argument in bildungspolitischen Diskussionen zur Legitimation des Berufsschulsports von Damen und Herren, aus oder außerhalb des Sports, häufig verwendet – verlangt sportpädagogisch betrachtet einerseits die Gestaltung entsprechender Lebens-, Lern- und Arbeitsbedingungen, aber andererseits besonders die individuelle Entwicklung und Förderung entsprechender Kompetenzen. Dabei ist die Entwicklung der Ich-Identität auf sinnvolle soziale Handlungssituationen angewiesen, weil sie sich nur im Kontakt mit anderen entfalten kann. Die Schüler brauchen und wollen soziale Handlungsfelder zum Experimentieren und Einüben eines identitätsgeleiteten Handelns. Ich-Identität wird nicht nur kognitiv, sondern auch leiblich-emotional vermittelt. Kein Fach an der Berufsschule ist dem Bemühen der jungen Erwachsenen, die Ich-Identität zu entfalten, so nahe, wie der Sportunterricht. Denn dort werden leibliche Bezüge der Ich-Identität im Sich-Bewegen, in der kognitiven und emotionalen Wahrnehmung als Selbstwahrnehmung und im Spiegel der anderen als identitätsrelevante Zwischenleiblichkeit thematisiert.

Nur im Sportunterricht kann es an der Berufsschule eine intentionale und methodisch sorgfältige Einführung zur leiblichen Erfahrung geben. In erster Linie dort wird die Einführung neuerer Inhalte und Sinnorientierungen der Bewegungskultur ermöglicht, die den Gesundheitsaspekt im Sportunterricht stärken.

Eine zukunftsorientierte Gesundheitserziehung an der Berufsschule bedarf also einer gänzlich neuen, ganzheitlichen Grundlage. Deshalb bedeutet ein Paradigmenwechsel von der defensiven Risikoprävention hin zur aktiven Gesundheitsförderung ein völliges Umdenken. Ein gesundheitlich sinnvolles Verhalten ist zwar lernbar, allerdings erscheint es als Unterrichtsinhalt unmittelbar sehr schwer lehrbar. Vielmehr soll es von den Schülern als eine wesentliche Bedingung für ihr Leben akzeptiert und letztendlich realisiert werden. Die gesundheitsfördernden Faktoren rücken in den Vordergrund, Risikofaktoren dienen lediglich als notwendige Bezugspunkte.

Der Sportunterricht an der Berufsschule muss ein eigenes und anderes Selbstverständnis entwickeln, vor allem gegenüber dem außerschulischen Sport. In einer Schulart, die sich als Lern- und Lebensraum von berufstätigen Jugendlichen begreift, kann sich der Sportunterricht heute nicht mehr allein auf die Vermittlung von Wissen über Risikofaktoren beschränken, sondern er hat Gesundheit als wirksame Kategorie permanent zu berücksichtigen.

Die Grundlage aller planerischen Überlegungen für den Berufsschulsport muss deshalb die Berufs- und Lebenssituation der Auszubildenden darstellen. Die Jugendlichen werden immer mehr dahingehend gefordert, mit beruflichen Belastungen umgehen zu lernen. In entsprechender Weise sind verstärkt Impulse für die individuelle Kompetenzentwicklung zu setzen, welche für die Bewältigung der berufsspezifischen Anforderungen unentbehrlich sind. Als Beispiele für den angesprochenen Erwerb von Sozialkompetenzen können an dieser Stelle das Verantwortungsbewusstsein,

die Teamfähigkeit, die Kooperationsfähigkeit, die Toleranz und die Kritikfähigkeit genannt werden.

Die zielgerichtete Instruktion für Bewegungsausführungen – in welcher Weise auch immer – steht nicht mehr im Vordergrund, sondern vielmehr die Thematisierung der psychischen Situation und Disposition der Lernenden. Die Einstellung der Auszubildenden zum eigenen Körper stellt den Ausgangspunkt sämtlicher sportpädagogischer Überlegungen für den Lehrenden dar, weil im Sportunterricht auf Verhaltensprobleme differenzierter eingegangen werden kann als in anderen Fächern. Im Hinblick auf die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen ergeben sich durch die Bewegungs- und Handlungsorientierung dieses Unterrichtsfaches andere Lernsituationen und vielfältigere Aktivitätsmomente als im fachtheoretischen und fachpraktischen Berufsschulunterricht. Mit Fehlern im motorischen Lernprozess muss konstruktiv umgegangen werden: Nicht die Angst, etwas falsch machen zu können soll den Sportlehrer und den Berufsschüler beschäftigen, sondern primär die Möglichkeit, durch Ausprobieren verschiedener Lösungswege den für einen selbst gangbar(st)en Weg – und der kann gerade bei Berufsschülern sehr unterschiedlich ausfallen – zu finden. Erfahrungsgemäß können Berufsschüler durch eine starke Fokussierung auf die Fehlervermeidung den Spaß und die Zuversicht am Sporttreiben verlieren. Hinweise und Hilfestellungen des Sportlehrers für neue Lösungsstrategien nehmen die Berufsschüler dagegen gerne entgegen. Fehler sollten im Sportunterricht als Chance für den Lernprozess gesehen werden, individuelle Lösungswege akzeptiert und auch Umwege in Kauf genommen werden.

Cui bono?

Das wird immer mehr zur Grundfrage, welche die Jugendlichen und vor allem ihre Arbeitgeber heute im Zusammenhang mit dem Sportunterricht an der Berufsschule stellen.

Aufgrund der konsequenten Wendung von der Sache hin zum Subjekt

sollte der Berufsschüler im Mittelpunkt aller sportpädagogischen Überlegungen und Entscheidungen stehen. Also muss der zeitgemäße Sportunterricht die Auszubildenden als besondere Personen wahrnehmen und so annehmen, wie sie sind – und nicht als Kollektiv oder Projektion dessen, was sie sein sollten. Damit ist er in erster Linie personenorientiert und nicht sachorientiert. Wenn aber mancherorts so argumentiert wird, dass sogar an der Berufsschule der Sportunterricht im Dienste des Sports – als „Gesundheitssportkurs“, als verspätete Talentsichtung oder für die Sicherung des Sports als Kulturgut – zu stehen habe, so ist das eine Auffassung, die hier nicht vertreten wird!

Im Sportunterricht ist der Sport kein Zweck, sondern er hat einen Zweck. Er dient den jungen Berufseinsteigern und dem, was sie in ihrer Gegenwart und Zukunft stärken kann. Hierfür sind zunächst praktische Schritte zu tun: Mut zum „Neu – Denken“, und die Bereitschaft zur Erprobung anderer Formen des Lernens und Lehrens gehören dazu.

Studienseminar Sport – „Alte Zöpfe werden weiter geflochten“

Versteht man die moderne Sportlehrerausbildung für berufliche Schulen ebenfalls als einen gemeinsamen Lernprozess aller Beteiligten, so muss(t)en jene Gedanken auch in der Entwicklung des Profils und in der Ausbildungskonzeption des Studienseminars in diesem Fach erkennbar werden. Dort kann – wenn eine neue Lernkultur sowie Veränderungen im Unterricht gewollt wären – eine entsprechende Ausbildungspraxis mit dem Ziel der Professionalisierung erprobt und realisiert werden, und zwar als dauernder Prozess der Vergewisserung des Bewährten einerseits und vielfältiger Innovationen andererseits.

Wenn es darum geht, interaktives, handlungsorientiertes und kollegiales Lernen als ganzheitlichen Prozess zu initiieren und zu üben, um solche Erfahrungen in die eigene Unterrichtspraxis transferieren zu können, dann muss eben das herkömmliche

Ausbildungsinstrumentarium vorsichtig, aber dennoch zielstrebig erweitert werden!

Dieser Appell richtet sich an die Verantwortlichen der Referendaraus- bildung im Fach Sport an der Berufsschule, denn:

In den Grund- und Aufbaulehrgängen Sport an der Berufsschule hat man die Ausbildung reformiert: Dieser Qualifikationsmodus ist der zweiten Phase der Sportlehrerausbildung an der Berufsschule voraus – aber interessiert dieser status quo die bzw. den Verantwortlichen überhaupt?

Die Vision der Profession des „Sportlehrers der Zukunft an der Berufsschule der Zukunft“ könnte oder sollte folgendem Profil entsprechen:

Der Sportlehrer ist mehr und anders als ein Be-Lehrer. Er ist ein Gestalter von Lernsituationen, ein Fachmann für Lernhilfen und Lernberatung, Förderer eines günstigen Lernklimas, Mitglied in einem Lehrerteam, ein an Tiefenstrukturen des Lernens und Unterrichtens interessierter Mensch, ein stets ansprechbarer Lernpartner, ein Motivator für Lernreflexionen, Lerntechniken und Lernstrategien, ein Lernmoderator und nach wie vor der wichtigste sportmotorische Demonstrator! <

Europa-Berufsschule Weiden auf Schulleitungssymposium in Erfurt vertreten:

Eigenverantwortliche Schule

DR. GERHARD KELLNER

Das alle zwei Jahre stattfindende Schulleitungssymposium ist die größte bundesweite Fachtagung ihrer Art, die sich 2006 das Thema „Eigenverantwortliche Schule – Herausforderungen für die Schulleitung“ vornahm.

Zwei Referenten der Europa-Berufsschule Weiden, Heribert Mohr, der den Schulleiterstab am Ende des Schuljahres 2005/06 an seinen Nachfolger Josef Weilhammer übergeben hat und Dr. Gerhard Kellner haben sich in die Liste der 110 internationalen Referenten eingereiht, um über die Ergebnisse aus fünf Jahren Er-

ne Schulleiter aufgefordert, quasi als Manager zu handeln, der es verstehe seine LehrerkollegInnen in die Entscheidungsprozesse mit einzubinden und ihnen Mitverantwortung für das Ganze zu übertragen.

Diesem Zielgedanken und dem Modus 21-Anspruch (mehr Selbstständigkeit und Problemlösung vor Ort) folgend, konnte laut Mohr „die Schulentwicklung in Weiden in einem relativ kurzen Zeitraum, in „Siebenmeilenstiefeln“, vorgebracht werden“. In seinen Ausführungen berichtet er dem interessierten Publikum nicht ohne Stolz über die Vielzahl der angegangenen Module. Eines dieser Arbeitsfelder sei „Unterrichts-



Fanden aufmerksame Zuhörer in Erfurt: Dr. Gerhard Kellner (links) und Heribert Mohr.

fahrung beim Modellprojekt Modus 21 und damit über Schulentwicklung „Made in Bavaria“ zu berichten.

Unter dem Motto „Schule auf dem Weg zum Unternehmen“ heben die Weidener Referenten die Punkte aus der Unternehmenskultur hervor, die eine Schule „bedingungslos“ übernehmen kann“. Dies sind Eigenschaften wie Flexibilität, Innovationskraft und auch der Anspruch, den anderen eine Nasenlänge voraus zu sein (Wettbewerbsgedanke). Aber auch eine flache Führungsstruktur, in welcher Verantwortung breit auf mehreren Schultern getragen wird, spricht für den Unternehmensgedanken. So sei der moder-

optimierung mit menschlicher Note“ in dem feste Einrichtungen wie Schulpastoral, Mitarbeitergespräch mit Schülern, Plus-Unterricht, Englisch nach dem Unterricht (mit Zertifikat), Gesunde Schule (Übergewicht und Diabetes), Ergonomie-Unterricht (statt Sport) E-Learning (24/7), Teleportal, etc. angeboten werden. Einen weiteren Schwerpunkt bilde die intensivere Zusammenarbeit mit den Betrieben. So profitierten die Schüler in vielfältiger Weise von einer engen Abstimmung der dualen Partner. Die Berufsschule bilde nicht am Bedarf der Unternehmen vorbei aus. Durch Lernortkooperationen, in denen Projekte

schul- und firmenübergreifend stattfinden, entstehe zwischen den Ausbildungspartnern ein gutes Vertrauensverhältnis, das manchmal in großzügige Unterstützung, ob in den Bau von Lernanlagen oder in finanzielle Zuwendungen münde.

Gerade dieser Aspekt mit Sponsoring und Investment fand das Interesse der Zuhörerschaft. Sie hörten zum Teil erstaunt über die von der Europa-Berufsschule genutzten „Kanäle“ um an zusätzliche Mittel zu gelangen. Von gezielten Verträgen mit Unternehmen (Public-Private-Partnership), zugewiesenen Bußgeldern von Richtern und Staatsanwälten an den gemeinnützigen Förderverein, über Raumvermietungen bis zu Europa-Fördermitteln, wussten die Weidener Referenten zu berichten.

Die Zuhörerfrage, worauf sich der Name „EUROPA“-Berufsschule begründe, leitete zu einem weiteren Schwerpunkt der Weidener Schulstrategie über: regionale und internationale Schulpartnerschaften.

Das „Europa“ im Namen sei die Antwort auf eine aktive mit Schulen in neun europäischen Ländern gepflegte partnerschaftliche Zusammenarbeit und die Annahme der Herausforderung der interkulturellen Bildung der Jugend, um sie auf ein gemeinsames Europa vorzubereiten. In diesem Rahmen werden Projekte, wie Abschlussprüfungen in mehreren europäischen Ländern, sowie internationaler Lehrer- und Schüleraustausch durchgeführt und gefördert. Ziel dieser Maßnahmen sei die Annäherung und Optimierung der Ausbildung durch Kooperation und Gedankenaustausch, die gleichen Ziele, die auch das internationale Schulleitungssymposium verfolge.

Wissensaustausch ist das „Öl im Motor des Schulentwicklungsprozesses“ und so kann das Schulleitungssymposium als Gewinn gewertet werden und als Ansporn sich auch außerhalb solcher Großveranstaltungen auszutauschen. Unter www.berufsschule-weiden.de und www.die-berater.net gibt es die Möglichkeit für zusätzliche Informationen bzw. Kontaktaufnahme. <

Gutes setzt sich durch:

Berufsausbildung in China nach bayerischen Vorbild

MARGIT SCHWANDT

Dr. Friedhard Nichterlein, Leiter der staatlichen Berufsschule Rothenburg-Dinkelsbühl mit der Außenstelle Bechhofen hat für zwei Wochen China bereist und an zwei großen Berufsbildungszentren in Shanghai und Hangzhou das duale System vorgestellt, nach welchem in Bayern junge Menschen im Handwerk und in Industrie- sowie Handelsberufen in Kooperation mit den Lehrbetrieben ausgebildet werden. Die Hanns-Seidel-Stiftung engagiert sich besonders im

Bildungsbereich für die Zusammenarbeit Bayerns mit China und hatte Dr. Nichterlein gebeten, u. a. das Schulentwicklungskonzept der Berufsschule Rothenburg-Dinkelsbühl in den chinesischen Lehrerfortbildungszentren vor chinesischen Schulleitern zu erläutern.

Insbesondere die Unterrichtsentwicklung durch erweiterte Methodenkompetenz der Lehrkräfte unterstützen die Eigenständigkeit und Selbsttätigkeit der Schüler, so Nichterlein, dies sei eines der Leitziele der Berufsschulen hier vor Ort.

In den Berufsbildungszentren in China habe man inzwischen einen hohen Bildungsstandard erreicht, so Nichterlein, auch der Staat unterstütze die Schulen finanziell durchaus angemessen. Zudem hätten die Lehrkräfte einen außerordentlich guten Status innerhalb der Gesellschaft.

Ein Problem seien aber die Schulgrößen und die Klassenstärken: Mindestens 40 Schüler, meist mehr, würden gemeinsam in einer Klasse beschult, was den Einsatz moderner Unterrichtsmethoden erheblich erschwere. Zudem sei ein Schulleiter für mindestens 4000 Schüler zuständig.

Die umfangreiche Ausstattung der Lehrerfortbildungszentren in Shanghai und Hangzhou ist auch auf die langjährige Zusammenarbeit mit der bayerischen Akademie für Lehrerfortbildung in Dillingen zurückzuführen, die die Schulentwicklung der beiden Berufsbildungszentren in China seit Jahren begleitet.

Bereits im Frühjahr dieses Jahres waren chinesische Schulleiter zu Gast an der Rothenburger Berufsschule, zwei hochrangige Delegationen aus dem Bereich der Lehrerbildung werden im März kommenden Jahres die staatliche Berufsschule Rothenburg-Dinkelsbühl besuchen. <

den Bürgern der Stadt Baden (85 Prozent stimmten für dieses Bildungszentrum), den Politikern und Verantwortungsträgern der Stadt, des Kantons und des Bundes, den Lehrkräften sowie insbesondere den Badener Firmen für das Engagement zur Realisierung des 134-Millionen-Projekts dankte.

Großzügige Spenden der Industrie, des Handels und des Handwerks ermöglichten die Einrichtung der Schule mit optimaler Unterrichtstechnologie und modernstem Lehrmaterial. An die Stelle von 30 Tonnen in der alten Berufsschule sorgen 50 Tonnen neue Lehr- und Lernmittel für eine zukunftsorientierte berufliche Aus- und Weiterbildung der ca. 2.400 Schüler.

Das praxisgerechte und bedarfsorientierte Ausbildungskonzept wird zusammen mit dem räumlichen Konzept

hohen Ansprüchen gerecht und enthält zukunftsweisende Ideen.

Das Gebäude

Das 110 Meter lange, vollflächig verglaste Schulgebäude beherbergt die Schulungsräume für die theoretische und praktische Ausbildung der Lehrlinge der Fachbereiche/Berufe: Automatik, Automechanik, Automonteur, Friseur, Elektroniker, Informa-



Das Schulgebäude in der Gesamtansicht.

tiker, Köche, Küchenangestellte, Lastwagenführer, Mechapraktiker, Polymechaniker, Restaurationsangestellte und -fachfrau. Verfolgt wurde ein Konzept, das die Kombination einer zeitgemäßen Unterrichtsform mit den Anforderungen des Energiehaushaltes, des Brand-, Lärm- und Umweltschutzes auslotet. Die Klassenzimmer mit Glaswänden wurden – entgegen landläufiger Konvention – im „Kern“ konzentriert, was vielfältige Nutzung ermöglicht. Sie werden über eine kontrollierte Lüftung gespeist und bilden zusammenhängende Blöcke, die sich bei Bedarf zu größeren Einheiten zusammenschließen lassen. Die Glaswände können „blickdicht“ gemacht werden. Die Korridore dienen als Klimapuffer und schützen die Unterrichtsräume vor direkter Sonneneinstrahlung.

Bildung stärkt Menschen

Partnerarbeit, Gruppenunterricht, Binnendifferenzierung innerhalb der Klassen, individualisiertes Unterrichten, schülerzentrierter Unterricht, selbständiges Lernen usw. verdeutlichen den neuen Geist im Berufsschulunterricht, der sich in der Architektur und der materiellen Ausgestaltung niedergeschlagen hat. Die Unterrichtsräume sind unterschiedlich, nach pädagogischen und

methodischen Zielsetzungen ausgestattet. Es gibt Räume für Gruppenunterricht, Frontalunterricht, Projektarbeit, Moderationstechnik, Diskussion, Einzelarbeit mit Laptop, Teamarbeit usw.

Die Lehrkräfte wählen den entsprechenden Raum nach der geplanten Unterrichtsmethode. Eine neue Lehr- und Lernkultur hält Einzug. Die Lernenden der Berufsschule kommen in Kontakt mit international tätigen Unternehmen,

die ihre innovativen Technologien und qualitativ hochwertigen Produkte weltweit vermarkten. Zahlreiche Projekte werden konzipiert, um das Zusammenleben in der Schule und mit dem Betrieb, das eigenverantwortliche Lernen, die Teambildung, Respekt, Toleranz, soziales Verhalten und eine hohe Leistungsbereitschaft zu fördern.

Sport – ein wichtiger Bestandteil der Berufsausbildung

Großräumige Sporthallen ermöglichen einen „bewegenden Unterricht“. Denn „der Aufschwung im Kopf gelingt nur, wenn der Körper in Schwung kommt“. Neueste Studien zeigen die Wichtigkeit der motorischen Bewegung auf die Entwicklung der Hirnareale sowie die Lern- und Aufnahmefähigkeit der Schüler. Vier Hallen, ein großes Fitness-Center und ein Außenplatz sind ein notwendiger und selbstverständlicher Teil des Berufsbildungszentrums.

Angebotsstruktur – Fachrichtungen und Weiterbildung

Für die oben genannten Fachbereiche/Berufe werden in Zusammenarbeit mit den Betrieben auch Weiterbildungsmaßnahmen und Fortbildungsseminare durchgeführt. Außerdem können sich Lehrlinge an einem zweiten Berufs-

schulstag auf die Berufsmatura (zurzeit ca. 350 Schüler) vorbereiten. So werden den Fachhochschulen junge Menschen mit betrieblicher Erfahrung zugeführt. Überzählige Unterrichtsräume werden fremdvermietet.

Die Lehrkräfte

115 Lehrkräfte unterrichten derzeit ca. 2200 Schüler in 118 Klassen. Von zu Hause oder vom „Lehrpersonen-



Mit dem Segway bewältigt der Schulleiter lange Wege im Schulhaus.

stützpunkt“ aus können Lehrkräfte mit dem eigenen Laptop auf Lernobjekte zugreifen, die von Kollegen erarbeitet worden sind. Das „mise en place“ für den Unterricht von morgen können sie auf dem Laptop erstellen und am nächsten Tag mit ihrem Caddy (persönlicher Rollschrank) mit den Anschauungsobjekten ins Klassenzimmer fahren, um dort den Laptop mit den Vorbereitungen am AV-Wagen anzudocken. Den Schülern und den Lehrkräften stehen ab sofort DVD-, TV-Radiounutzung über Beamer und Aktivboard zur Verfügung. Zu Hause vorbereitete Lernobjekte können nun bearbeitet, verändert, ergänzt, gelehrt und gelernt werden. Veränderte Skripte und Übungsvorlagen werden vom Aktivboard aufgenommen und gespeichert.

Chinesisch-deutsches Symposium in Hangzhou.



Optimale und zukunftsorientierte Berufsausbildung in der modernsten Berufsschule Europas:

„Berufsbildung darf und muss kosten“ – von Nachbarn lernen

DIETMAR LEISCHNER

„Berufsbildung darf und muss kosten, denn mit einem guten Bildungssystem stärken wir den Wirtschaftsstandort Schweiz. Wir müssen in den Forschungsstandort wie in die Berufsbildung unserer Jugend investieren“, betonte Bundesrätin Doris Leuthard. Sie ist überzeugt, dass an diesem mit modernster Technologie ausgestatteten Bildungsort Lust und Freude am Lernerfolg garantiert ist. „Wir dürfen bei der

Förderung unserer Jugend nicht sparen. Berufsbildung hat Priorität!“ Bildungsdirektor Rainer Huber erinnerte, dass trotz hoher Technologie der Mensch für Berufslernende und Lehrkräfte weiterhin im Zentrum stehen müsse.

Nach 12-jähriger Planungs- und Bauzeit (18 Monate) konnte die modernste Berufsschule Europas pünktlich zu Schuljahresbeginn dem Schulleiter Rudolf Siegrist übergeben werden. „Aus einem Traum ist Wirklichkeit geworden“ äußerte stolz Rudolf Siegrist, der

Unterrichtseinheiten können in der Entstehung nochmals nachvollzogen und zur Weiterbearbeitung den Lernenden bequem nach Hause gemailt werden.

BBB-Mediothek

Im Hauptbereich der Mediothek mit digitaler Wissensablage werden Aktivitäten wie Ausleihe und Beratung, Tätigkeiten wie Recherchieren, Lernen und Entspannen stattfinden. Die Mediothek ist dem Bibliotheksnetz mit 14 Instituten im Aargau angeschlossen. Ein europäischer Marktführer (Fa. Bibliotheca) lieferte die Selbstverbuchungsanlage der BBB-Mediothek. Das Ziel lautet: Informations- und Kommunikationstechnik schärfen, Lesekompetenz erhöhen und soziale Kompetenz fördern. Als ein Ort der Begegnung soll die Mediothek gegen die Einsamkeit im Zeitalter des Internets wirken.

Gesunde Ernährung im BBB

Unterrichtsräume mit integrierter Demonstrationküche sind ein „absolutes Highlight“ für die zukünftigen Köche und Küchenangestellten. In den hochmodernen Schulräumen werden Praxisdemonstrationen von einer Kamera direkt aufgenommen und via Beamer auf das Aktivboard projiziert. Arbeitsschritte können so wiederholt, geübt, besprochen und korrigiert werden. Drei große Kochinseln mit Induktionskochfeld zeigen modernste Küchentechnik. Via Schweizer Kochverband können auch ausgebildete Köche und Küchenchefs von der modernen Infrastruktur profitieren.

Schlussbemerkungen

Im BBB gehört den Lernenden die Zukunft. Die Qualität des Gebäudes mit allen Einrichtungen, das Engagement der Lehrkräfte sowie die materielle und ideelle Unterstützung durch die Betriebe schaffen die besten Voraussetzungen für eine erfolgreiche und praxisnahe Berufsausbildung. Die neue Lehr- und Lernkultur wird sich auch auf die Werthaltungen der Schüler positiv auswirken. Die Schule ist ein nachahmenswertes Beispiel für alle Verantwortlichen, die die Berufsausbildung zukunftsorientiert gestalten wollen. <

Ausschreibung: Berufsschulpreis 2007 zur Förderung von interkulturellen Kompetenzen durch Kaufmännische Schulen

Bewerberskreis und Erwartungshorizont

Die fortschreitende Internationalisierung der Wirtschaft führt zu neuen Herausforderungen in der Arbeitswelt. Immer mehr Beschäftigte auf allen Hierarchieebenen müssen mit Menschen aus anderen Kulturen erfolgreich kommunizieren, um auf dem Arbeitsmarkt bestehen zu können.

Hierbei hat das Lernen von Wirtschaftsfremdsprachen, insbesondere Englisch, Französisch und Spanisch einen hohen Stellenwert. Sie gehören zu den Kernbereichen der kaufmännischen Aus- und Weiterbildung. Darüber hinaus sind kulturelle Offenheit, Kenntnisse über fremde Kulturen und Märkte sowie die Fähigkeit, mit anderen Verhaltensweisen umgehen zu können, wesentliche Aspekte für interkulturelle Kompetenz.

Mit dem Berufsschulpreis 2007 wollen wir erfolgreiche Beispiele zur Förderung von interkulturellen Kompetenzen auszeichnen. Wenn an Ihrer kaufmännischen Schule oder im kaufmännischen Fachbereich Ihrer Bündelschule, Projekte und Initiativen laufen, die den Erwerb von interkulturellen Kompetenzen fördern und die internationale Kommunikation unterstützen, dann beteiligen Sie sich an diesem bundesweit ausgeschriebenen Wettbewerb.

Kriterien für die Preisverleihung sind

- internationale Ausrichtung der Schule durch Entwicklung des Bereiches Wirtschaftsfremdsprachen, z.B. Anzahl der angebotenen Sprachen, Prüfungen, Zertifikate, Zusatzangebote,
- Partnerschulen und -bildungsträger im europäischen und außereuropäischen Ausland, Anzahl und Dauer,
- Schüleraustauschmaßnahmen, Programme und Projekte, Vorbereitungsseminare,
- Angebote für Schüler im Rahmen der Berufsausbildung oder Weiterbildung, Auslandspraktika,
- Lehreraustauschprogramme und -fortbildungsmaßnahmen,
- Entwicklung eines Gesamtkonzeptes zur Einbindung aller am Schulleben Beteiligten in interkulturelle Prozesse,
- Finanzierungsquellen, LEONARDO, SOKRATES, Schulträger, Kultusministerium, Stiftungen, Vereine, Spenden u.a.m.,
- Durchführung von interkulturellen Trainingsmaßnahmen zur Förderung der kulturellen Offenheit.

Eine unabhängige Jury wird am 23. März 2007 die Preisträger ermitteln.

An Preisen werden vergeben:

1. Preis 5.000,- Euro, zwei 2. Preise á 3.000,- Euro, drei 3. Preise á 1.000,- Euro

Bewerbung

Neben den einzureichenden Datenblättern sind für die Preisvergabe hilfreich:

- Beschreibung der Projekte und Maßnahmen einschließlich Bildungsziele und Art der Umsetzung,
- Aussagen zur Evaluation der Maßnahmen sowie zu Erfolg und Nachhaltigkeit,
- Referenzen von Externen, Verträge mit Kooperationspartnern
- Dokumente aus der Öffentlichkeitsarbeit.

Alle Informationen und Unterlagen zum Wettbewerb sind im Internet unter www.stiftung-wirtschaft-erziehung.de veröffentlicht. Die Bewerbungsunterlagen können Sie entweder direkt herunterladen oder beim Projektbüro anfordern.

Die Bewerbungsunterlagen schicken Sie bitte bis zum 05. Februar 2007 an folgende Adresse: Stiftung Wirtschaft und Erziehung, Wehlauer Straße 107, 76139 Karlsruhe

Bei Rückfragen gibt der Vorsitzende der Stiftung, Manfred Weichhold, gerne Auskunft. Telefon 0721-68 69 75, Fax 0721-6 76 14, Mail: info@stiftung-wirtschaft-erziehung.de

Bezirksverbände

BV Oberfranken

Mitgliederversammlung – Arbeitsbedingungen an beruflichen Schulen verbessern

Der Bezirksverband hatte am 25. November 2006 zur Mitgliederversammlung nach Mödlareuth und Hof eingeladen. In Mödlareuth, das die Amerikaner auf Grund seiner ehemaligen Abgrenzung der DDR zur BRD durch eine 3,30 Meter hohe Mauer mitten durch die Ortschaft als „Little Berlin“ bezeichneten, konnten die Teilnehmer die Tragik dieser Teilung beeindruckend nachempfinden.

Bei der anschließenden Zusammenkunft in Hof blickte die stellvertretende Landes- und Bezirksvorsitzende Dr. Angelika Rehm zusammen mit den Anwesenden auf die Themenschwerpunkte des 8. Berufsbildungskongresses vom 10./11. November 2006 in Memmingen zurück. Zunächst ging es um die notwendige Umstellung der Universitätsabschlüsse auf die international üblichen Bachelor- und Master-Abschlüsse. Dies hat eine neu geordnete einheitliche Lehrerbildung für alle Lehrämter an beruflichen Schulen zur Folge. Hauptforderung des VLB hierzu ist, dass die Lehrerbildung an der Universität verbleibt und einen Master-Abschluss erforderlich macht!

Im Zusammenhang mit der neu eingeführten Lernfeldorientierung des Unterrichts, welcher eine Rolle des Lehrers hin zum Motivator, Katalysator und Lernorganisator erfordert, wird die Notwendigkeit einer umfassenden grundständigen wissenschaftlichen Ausbildung des Lehrers an der Universität mit anschließendem zweijährigen Referendariat deutlich, weil der Unterricht stets den Bezug zur Fachwissenschaft und zur Fachpraxis erfordert. Wegen der Neugliederung von staatlichen Flurbereinigungs- und Forstämtern konnten deren Beamte in den Lehrberuf wechseln und muss-

ten nur das Referendariat absolvieren. Position des VLB bleibt jedoch weiterhin, dass eine vom Kultusministerium angebotene Sondermaßnahme für Quereinsteiger in den Lehrberuf immer die Ausnahme bleiben muss und auf keinen Fall in den Lehramtsbereichen durchgeführt werden darf, in denen Lehramtsstudiengänge angeboten werden und Bewerber mit grundständigem Studium und zweijährigem Referendariat in ausreichender Zahl vorhanden sind.

Interessiert ließen sich die VLB'ler die Geschichte von „Little Berlin“ erläutern.



Dr. Rehm berichtet ferner von der Problematik, die beim Unterricht in Lernfeldern für Fachlehrer entsteht. Diese unterrichten oftmals in ungeteilten Klassen dieselben Lehrinhalte wie Kollegen des höheren Dienstes. „Dringend notwendig ist die Anpassung der Unterrichtspflichtzeit für Fachlehrer, die in Lernfeldern eingesetzt sind. Die Arbeitszeit ist ja schließlich wohl keine Frage der Vorbildung, sondern ausschließlich abhängig vom Einsatz und damit von der Arbeitsbelastung!“ betonte Dr. Angelika Rehm entschieden.

Im Hinblick auf das wichtige Thema der Lehrbelastung und Lehrerarbeitszeit sind die Anwesenden nach wie vor empört, dass die Lehrkräfte in den letzten zwei Jahren zwei Stunden Unterrichtserhöhung verkraften mussten und zudem noch in vielen Klassen eingesetzt sind, deren Stärken 34 Schüler noch übersteigen. Mittlerweile kommt es einem Balanceakt

gleich, allen Aufgaben im Rahmen des eigenen Unterrichts, den Vertretungen, der Arbeit bei der Schulentwicklung und den ständig anfallenden Verwaltungstätigkeiten gerecht zu werden. Die Gesellschaft sieht das ja bedauerlicherweise anders und medial sehr bekannte Bundespolitikerpersönlichkeiten, die mittlerweile schon biographisch tätig sind, haben mit der Bezeichnung „faule Säcke“ Wahlkampf gemacht. „Im Hinblick auf die Herabsetzung der Arbeitszeit für die Beamten sehe ich das Kultusministerium in der Pflicht, denn mittlerweile hat die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte die zumutbare Grenze deutlich

überschritten und belastet die Lehrer-gesundheit nachhaltig in einem nicht mehr akzeptablen Maß!“, so die stellvertretende Landesvorsitzende emphatisch.

Dr. Angelika Rehm erinnert an die solidarische Vorgehensweise der Mitglieder im Hinblick auf die Berufsabschlussprüfungen, durch die Druck auf die IHK ausgeübt werden konnte, die ihrerseits dann über das Wirtschaftsministerium auf das Kultusministerium Druck gemacht hat. Genau deshalb konnte der VLB bei diesem Thema einen akzeptablen Durchbruch für seine Mitglieder erzielen. Gerade hier hat sich gezeigt, dass es immer auf die Aktivität und das sachbezogene Engagement eines jeden einzelnen Mitglieds ankommt, wenn der VLB etwas bewegen soll. Jeder VLB'ler ist gefragt und darf sich nicht verstecken hinter Äußerungen wie: „Der Verband ist zu passiv, weil die Verbandsspitze offensiver kämpfen müsste!“

Ein letztes Thema bildete die Zukunft des Dualen Systems. „So lange das Duale System überlastet ist und eine Bugwelle von zigtausenden Jugendlichen vor sich herschiebt, die auf dem Ausbildungsmarkt zu kurz gekommen sind, steht der Staat in der Pflicht, dem Verfassungsgebot nach einem Anspruch auf Ausbildung zu entsprechen.“, so die stellvertretende Landesvorsitzende zusammenfassend.

Bernd Krügel

BV Unterfranken

Anziehungspunkt Erfurt – Adventsfahrt des BV Unterfranken

Der Bezirksverband Unterfranken und die Kreisverbände Main/Rhön, Untermain und Würzburg luden gemeinsam zu ihrem traditionellen vorweihnachtlichen Ausflug ein. Viele Mitglieder nutzten die Gelegenheit sich auf die Weihnachtszeit einzustimmen.

Reiseziel für rund 160 unterfränkische VLB'ler war am 9. Dezember 2006 die thüringische Landeshauptstadt Erfurt. Nach einer Fahrt über die neue Autobahn trafen sich die Teilnehmer der vollbesetzten Busse aus den drei unterfränkischen Kreisverbänden am Domplatz. Örtliche Führer vermittelten die Geschichte der Stadt und den wirtschaftlichen Auf- und Abstieg der letzten Jahrhunderte. Sie führten uns zu reichen Patrizierhäusern und liebevoll rekonstruierten Fachwerkhäusern, zur längsten bebauten und bewohnten Brückenstraße Europas – der Krämerbrücke.

Nach dem Mittagessen begleitet den die meisten Teilnehmer unseren Kollegen und Kunstkenner Gottfried Berger in die Predigerkirche. Er führte durch die gotische Bettelordenskirche mit erhaltenen Chorschranken und Lettner. Kirche und Kloster, von Dominikanermönchen erbaut, erinnern an den großen Theologen, Mystiker und Sprachschöpfer Meister Eckhart, der in diesen Räumlichkeiten mehr als 30 Jahre wirkte.

Nach theologischen und kunsthistorischen Betrachtungen war noch genügend Zeit, die netten Geschäfte der Innenstadt zu betrachten, einen ausgiebigen Bummel über den Weihnachtsmarkt mit seiner 12 Meter hohen Pyramide zu machen und so manchen Becher Glühwein zu genießen. Ein abschließender Blick vom Domportal auf den beleuchteten, abendlichen Weihnachtsmarkt machte Erfurt zu einem unvergesslichen Erlebnis.

Dorothea Helbig

Dankbare Teilnehmer baten um folgenden Nachsatz: Die Verantwortlichen sollen ermuntert werden, solche und ähnliche Veranstaltungen auch in Zukunft anzubieten. Die Bezirksvorsitzende Dorothea Helbig, die Kreisvorsitzenden Ingrid Reinwald, Karl Blank und Helmut Mundel, wie auch die Organisatoren dieser Veranstaltung, Wolfgang Grünsfelder und Gottfried Berger, fördern mit derlei Veranstaltungen die intensivere Kommunikation der Mitglieder und beleben das streckenweise so anonyme Verbandsleben. Ihnen sei nicht nur dafür, sondern für die gesamte Jahresarbeit an dieser Stelle von Herzen gedankt.

Personalien

Wir gratulieren im Februar ...

... zum 91. Geburtstag

Wildgruber, Martin, 27.02., 83512 Wasserburg, KV Rosenheim-Miesbach

... zum 87. Geburtstag

Schuberth, Marianne, 15.02. 91054 Erlangen, KV Mfr.-Nord

... zum 86. Geburtstag

Baur, Ludwig, 18.02. 89407 Dillingen, KV Nordschwaben
Mages, Ernestine, 15.02. 82343 Pöcking, KV Obb.-Südwest

... zum 85. Geburtstag

Hubmer, Adolf, 15.02. 97631 Bad Königshofen, KV Main-Rhön

... zum 84. Geburtstag

Hirner, Rudolf, 26.02. 90473 Nürnberg, KV Nürnberg
Kastner, Martha, 17.02. 91054 Erlangen, KV Mfr.-Nord
Sommermann, Alfred, 17.02. 95119 Naila, KV Ofr.-Nordost

... zum 83. Geburtstag

Doleschal, Hans, 13.02. 91186 Büchenbach, KV Nürnberg
Heilek, Erwin, 21.02. 91623 Sachsen, KV Mfr.-Süd
Perreiter, Maria, 01.02. 84549 Engelsberg, KV Altötting-Mühldorf
Prautsch, Karl, 17.02. 96106 Ebern, KV Main-Rhön

... zum 82. Geburtstag

Leiter, Erich, 13.02. 83024 Rosenheim, KV Rosenheim-Miesbach
Schlittenbauer, Alfons, 17.02. 92318 Neumarkt, KV Neumarkt

... zum 81. Geburtstag

Höfer, Peter Willy, 19.02. 90513 Zirndorf, KV Mfr.-Nord
Meyer, Erika, 01.02. 89331 Burgau, KV Nordschwaben

Röhricht, Waltraud, 22.02. 90443 Nürnberg, KV Nürnberg

... zum 80. Geburtstag

Baumann, Willibald, 08.02. 63925 Laudenbach, KV Untermain
Beck, Elfriede, 19.02. 63897 Miltenberg, KV Untermain
Rabis, Helmut, 28.02. 84036 Kumhausen-Obergan, KV Landshut

... zum 75. Geburtstag

Bettendorf, Josef, 09.02. 87480 Weitnau, KV Allgäu
Gutermann, Nikolaus, 23.02. 84453 Mühldorf, KV Altötting-Mühldorf
Kleinstebner, Klaus, 27.02. 86368 Gersthofen, KV Augsburg
Linder, Hans, 08.02. 86316 Friedberg, KV Nordschwaben
Wendt, Wilfried, 22.02. 97616 Bad Neustadt, KV Main-Rhön
Wengenroth, Wilhelm, 19.02. 84028 Landshut, KV Landshut
Woltereck, Christoph, 09.02. 83714 Miesbach, KV Rosenheim-Miesbach

... zum 70. Geburtstag

Gärtner, Eugen, 12.02. 86899 Landsberg, KV Obb.-Südwest
Suhrcke, Hans-Jochen, 24.02. 63834 Sulzbach, KV Untermain
Weiß, Leonore, 19.02. 95326 Kulmbach, KV Ofr.-Nordwest
Zweifel, Gerhard, 19.02. 90482 Nürnberg, KV Nürnberg

... zum 65. Geburtstag

Baumeister, Friedhelm, 11.02. 83278 Traunstein, KV Traunstein-BGL
Faber, Horst, 04.02. 90587 Veitsbronn, KV Mfr.-Nord
Haring, Franz, 27.02. 94315 Straubing, KV Donau-Wald
Hoenig, Friedrich, 28.02. 94489 Deggendorf, KV Donau-Wald
Keller, Dieter, 28.02. 82467 Garmisch-Partenkirchen, KV Obb.-Südwest
Kellerbauer, Eberhardt, 14.02. 82140 Olching, BV München
Klammt-Frischeisen, Heideleore, 10.02. 87700 Memmingen, KV Allgäu
Klausnitzer, Dieter, 03.02. 91080 Uttenreuth, KV Mfr.-Nord



Ihr digitales Fotolabor!



6,1 cm großes Farbdisplay

Kodak

Einfache Bedienung!

Kodak EasyShare C743. Die benutzerfreundliche Digital-Zoomkamera bietet erstklassige Funktionen zum günstigen Preis. Mit 7,1 Megapixel und einem 3-fach optischen Zoom bringen Sie auch das kleinste Detail ganz groß heraus. # 112 819

158,27 inkl. MWSt

133,-



für brillante Ausdrücke

Kodak

Mobiles Drucken!

Kodak Printer Dock PDG 600. KODAK Qualitätsfotos per Knopfdruck in nur ca. 60 Sekunden. Brillante Abzüge, die lange haltbar sind und die dank KODAK XTRALIFE-Laminierung abwischbar, wasser- und schmutzabweisend sind – für lange Freude an Ihren Bildern. Ausdrücke bis 10x15 cm. Preis ohne Kamera. # 112 840

81,63 inkl. MWSt

68,60



10 x 15 cm

Kodak

Kodak Printer Dock Media G-100. XTRALIFE-Laminierung für brillante, wasser- und schmutzabweisende Abzüge. 100 Blatt Kodak Qualitätsfotopapier. # 112 847

24,99 inkl. MWSt

21,-

Alle Preisangaben Stand 27.12.2006

TECHNIKdirekt.de
business
Telefon: 09 31-9 70 84 56
www.technikdirekt-business.de



Blick auf den Erfurter Weihnachtsmarkt.

Lazari, Thomas, 13.02.
93049 Regensburg, KV Regensburg
Dr. Novak, Felix, 06.02.
97422 Schweinfurt, KV Regensburg
Schinagl, Reinhard, 14.02.
85072 Eichstätt, KV Obb.-Nordwest
Schwab, Emil, 01.02.
85375 Neufahrn, BV München
Steinbauer, Reinhard, 04.02.
94315 Straubing, KV Donau-Wald
Stingl, Edda, 11.02.
90480 Nürnberg, KV Nürnberg
von Lupin, Hildegard, 19.02.
87700 Memmingen, KV Allgäu

... zum 60. Geburtstag

Fajen, Reinhard, 26.02.
97199 Ochsenfurt, KV Würzburg
Gehlen, Christa, 12.02.
97332 Volkach, KV Main-Rhön
Granda, Thomas, 10.02.
80638 München, BV München
Gresser, Johann-Sebastian, 28.02.
92676 Eschenbach, KV Opf.-Nord
Heinelt, Norbert, 09.02.
97422 Schweinfurt, KV Main-Rhön
Hubert, Manfred, 12.02.
90559 Burgthann-Grub, KV Nürnberg

Merdian, Franz, 04.02.
96050 Bamberg,
KV Bamberg-Forchheim
Pointner, Anton, 19.02.
85435 Erding, KV Obb.-Nordwest
Schilhabel, Wilfried, 22.02.
91732 Merkendorf, KV Mfr.-Süd
Sengfelder, Anneliese, 11.02.
86663 Asbach-Bäumenheim,
KV Nordschwaben
Sommer, Elisabeth, 08.02.
04275 Leipzig, BV München
Uebler, Hans, 17.02.
97506 Grafenrheinfeld, KV Würzburg

In den Ruhestand sind gegangen ...

Bauer, Armin, KV Obb.-Südwest
Bayerl, Markus, BV München
Boysen, Heinz, KV Obb.-Nordwest
Brand, Werner, KV Main-Rhön
Brandstetter, Gisela, KV Obb.-Südwest
Eder, Wolfgang, KV Nordschwaben
Hoenig, Friedrich, KV Donau-Wald
Hösl, Werner, KV Schwandorf

Kirchis, Kurt, KV Augsburg
Klammt-Frischeisen, Heidele, KV Allgäu
Kröger, Dieter, KV Landshut
von Lupin, Hildegard, KV Allgäu
Mailhammer, Albert, KV Ndb.-Ost
Marr, Alexander, KV Bamberg-Forchheim
Dr. Munz, Andreas, KV Ndb.-Ost
Dr. Novak, Felix, KV Regensburg
Patzak, Hermann, KV Regensburg
Pfeiffer, Walter, KV Main-Rhön
Ring, Hans, KV Nordschwaben
Schmölz, Adelbert, KV Allgäu
Schwab, Emil, BV München
Steinbauer, Reinhard, KV Donau-Wald
Stingl, Edda, KV Nürnberg

Wir trauern um ...

Bräuer, Robert, KV Ndb.-Ost (82)
Göb, Elmar, KV Würzburg (69)
Kley, Christa, KV Obb.-Südwest (69)
Liebl, Gabriel, KV Landshut (66)
Merkel, Ludwig, KV Donau-Wald (81)
Weth, Josef, KV Würzburg (85)

Termine

TU München

Fortbildungen für Lehrkräfte am Lehrstuhl für Pädagogik

Der Lehrstuhl für Pädagogik der Technischen Universität München führt im Frühjahr 2007 zwei Fortbildungstage für Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen durch.

- Dienstag, 27. Februar 2007: Schlagfertigkeitstraining für Lehrkräfte
- Mittwoch, 28. Februar 2007: Supervision für Lehrkräfte

Ziel dieser Fortbildungstage ist es, Lehrkräften bei der tagtäglichen Arbeit in Schule und Unterricht Unterstützung in Form von theoriegeleiteten Informationen, praktischen Anregungen und dem gezielten Training für die Umsetzung zu geben. **Nähere Informationen:** <http://www.paed.wi.tum.de/lehrerfortbildung/>

Erfolgreiches Firmeninserat

Schon vergessen?

Sie können Ihr Firmeninserat oder Ihre persönliche Kleinanzeige via Internet schalten unter:

www.vlb-bayern.de
→ Kleinanzeigen

Alle ausführlichen Informationen über Erscheinungstermine und Preise finden Sie, wie schon gesagt, unter:

www.vlb-bayern.de
→ Kleinanzeigen

Erfolgreiches Kleininserat

Informationen zum neuen Beihilferecht in Bayern

Ab dem 1. Januar 2007 gilt für die bayrischen Beamten und Versorgungsempfänger ein eigenständiges Beihilferecht. Die gesetzliche Grundlage findet sich in Art. 86a Bayerisches Beamtengesetz und in der darauf beruhenden Bayerischen Beihilfeverordnung (BayBhV). Den Wortlaut der BayBhV finden Sie im Internet unter der Adresse www.stmf.bayern.de/download/baybhv.pdf

Mit diesem Beitrag möchten wir Sie über die wesentlichen Änderungen und Neuerungen informieren.

Eigenbeteiligungen

Die bisherigen Eigenbehalte, insbesondere die Praxisgebühr von 10 Euro pro Quartal, die gestaffelten Selbstbehalte für Arznei- und Verbandmittel, Hilfsmittel und Fahrtkosten sowie der Abzugsbetrag für allgemeine Krankenhausleistungen werden durch folgende Regelung ersetzt: Künftig wird für

- jede eingereichte Arztrechnung ein Betrag von 6 Euro und
- jedes verordnete Arzneimittel, Verbandmittel oder Medizinprodukt ein Betrag von 3 Euro von der Beihilfeleistung abgezogen.

Dieser Abzug unterbleibt bei

- Aufwendungen für Waisen, Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und berücksichtigungsfähige Kinder,
- Beihilfeberechtigten und Angehörigen, die Mitglied einer gesetzlichen Krankenversicherung sind,
- Pflegemaßnahmen,
- ärztlich veranlassten Folgeuntersuchungen von Laborärzten, Radiologen und Pathologen,
- Vorsorgeleistungen.

Erreichen die Abzugsbeträge in der Summe eine Belastungsgrenze von 2 Prozent des jährlichen Bruttoeinkommens beziehungsweise 1 Prozent bei chronisch Kranken, entfallen sie für den Rest des Kalenderjahres.

Auslandsbehandlungen

Krankheitsaufwendungen anlässlich vorübergehender privater Aufenthalte (zum Beispiel Urlaub) in Ländern außerhalb Europas sind künftig von der Beihilfefähigkeit ausgenommen. Der Abschluss einer Auslands-Krankenversicherung wird empfohlen.

Zahnärztliche Implantatversorgung

Die bisherige indikationsbezogene Beihilfegewährung wird durch eine zahlenmäßige Obergrenze von zwei Implantaten je Kieferhälfte ersetzt.

Rehabilitationsmaßnahmen (bisher Sanatoriumsbehandlung, Heilkur)

- Kuren sind künftig auch für Versorgungsempfänger und Angehörige beihilfefähig.
- Stationäre Rehabilitationsmaßnahmen sind nur beihilfefähig, wenn ein Amts- oder Vertrauensarzt bescheinigt, dass die erforderliche Rehabilitation nicht durch andere Maßnahmen (Kur oder ambulante Rehabilitation) möglich ist. Die Bescheinigung ist bei der Abrechnung vorzulegen.
- Das bisherige Voranerkennungsverfahren entfällt.
- Die Beihilfefähigkeit für Anschlussheilbehandlungen bleibt in bisherigem Umfang bestehen.

Freiwillig Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung

Künftig werden nur noch Beihilfeleistungen zu Aufwendungen für Heilpraktiker, Zahnersatz und Wahlleistungen im Krankenhaus erbracht. Im Übrigen wird auf die Inanspruchnahme von Sachleistungen verwiesen. Beihilfeberechtigte, die bisher die Möglichkeit der Kostenerstattung in Anspruch genommen haben, erhalten künftig keine Beihilfe zu Differenzkosten mehr.

Übergangsregelung für studierende Kinder

Mit dem Steueränderungsgesetz 2007 wird die Altersgrenze für den Bezug von Kindergeld vom 27. auf das 25. Lebensjahr herabgesetzt. Kinder zählen damit künftig bereits ab Vollendung des 25. Lebensjahres nicht mehr zum Kreis der berücksichtigungsfähigen Angehörigen. Da Studenten zu Beginn des Studiums die Art ihres Krankenversicherungsschutzes für die Dauer des Studiums unwiderruflich festlegen müssen, werden in der Beihilfe Kinder, die im Wintersemester 2006/2007 bereits immatrikuliert waren, weiterhin bis zum 27. Lebensjahr (gegebenenfalls verlängert um Zeiten eines Wehr- oder Ersatzdienstes) berücksichtigt.

Rücksendung von Belegen

Da zur Geltendmachung der Beihilfe die Vorlage von Duplikaten ausreichend ist (Ausnahme: Todesfall), werden die bei der Beihilfestelle eingereichten Belege künftig nach Ablauf der Rechtsbehelfsfristen vernichtet. Sie werden nur auf ausdrücklichen Wunsch, gegen Berechnung des Portomehrtrages, zurückgegeben.

Zuordnung der Aufwendungen für Kinder bei Beamtenhepaaren

Die Aufwendungen für Kinder werden künftig dem Elternteil zugeordnet, der den entsprechenden kinderbezogenen Anteil im Familienzuschlag erhält. Daher müssen für Kinder künftig keine Originalbelege mehr vorgelegt werden, was eine gleichzeitige Beantragung von Leistungen der Beihilfe und der Krankenversicherung möglich macht. In Ausnahmefällen können die Eltern eine hiervon abweichende Zuordnung treffen. <

Beamte haben Versorgungslücken

Der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die keinen Handlungsbedarf sehen, ist gering. Nur jeder Zehnte setzt ausschließlich auf den Versorger Staat. Das ist das Ergebnis der repräsentativen Studie „Öffentlicher Dienst“ von der DBV-Winterthur in Zusammenarbeit mit dem F.A.Z. Institut.

Das Klischee, dass Beamte ab dem Augenblick ihres Dienstantritts finanziell für den Rest ihres Lebens abgesorgt haben, gehört der Vergangenheit an. Bereits heute planen fast 80 Prozent der Staatsdiener, für ihren Lebensabend stärker selbst vorzusorgen. Insbesondere die Mitarbeiter der jungen und mittleren Generation verlassen sich nicht mehr nur auf die staatliche Vorsorge. Fast neun von zehn Bediensteten bis 29 Jahre sehen die Notwendigkeit, sich privat abzusichern.

Der Auslöser für das Umdenken ist das von der Bundesregierung 2001 verabschiedete Versorgungsänderungsgesetz. Dieses sieht für 2009 vor, den Höchstversorgungssatz der Pensionen von derzeit 75 Prozent auf maximal 71,75 Prozent des letzten Nettoeinkommens zu senken. Damit sollen die Kürzungen bei der gesetzlichen Rente wirkungsgleich auf die Beamtenversorgung übertragen werden. Die Folge: Eine steigende Nachfrage nach Altersvorsorgeprodukten ist auf allen Hierarchieebenen des öffentlichen Dienstes zu beobachten. Beamte des einfachen Dienstes sprechen sich beispielsweise geschlossen dafür aus, privat für den Lebensabend vorzusorgen. Bei den höheren Besoldungsstufen sind es immerhin mehr als 70 Prozent.

Neben der Altersvorsorge wollen die Staatsdiener für weitere Berufsrisiken finanziell Vorgekehrung treffen. Für zwei Drittel der Befragten spielt die Absicherung der eigenen Pflegebedürftigkeit eine wichtige Rolle. Ebenfalls zwei von drei befragten Beamten geben an, sich gegen eine mögliche Dienstunfähigkeit absichern zu wollen.

Das Thema Berufshaftpflicht spielt für mehr als die Hälfte der Staatsdiener eine wichtige Rolle. Bestimmte Berufsgruppen, wie beispielsweise Polizisten, haften unter Umständen persönlich für ihr Fehlverhalten im Dienst. Weniger Sorgen machen sich die Behördenmitarbeiter hingegen über das Risiko, eventuell Eigentum ihres Arbeitgebers zu beschädigen und dafür finanziell aufkommen zu müssen. Nur knapp 30 Prozent der Befragten sehen sich gezwungen, für entsprechende Fälle vorzusorgen.

Bei der Auswahl der Vorsorgeprodukte gehen die Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes nach unterschiedlichen Kriterien vor. Fast neun von zehn der Befragten entscheidet sich für das Produkt mit dem größten Leistungsumfang. Für 72 Prozent spielt das Image des Anbieters die entscheidende Rolle. Vor allem jüngere Beschäftigte bis 29 Jahre sowie Geringverdiener wollen möglichst die gesamte Risikopalette absichern – am besten vom Versicherer mit einem guten Ruf. Sie unterschätzen dabei häufig, dass der Anspruch auf die größtmögliche Risikoabdeckung seinen Preis hat. Die Besserverdiener und Führungskräfte entscheiden sich in der Regel für das Produkt mit der besten Leistungsqualität. Das Image des Anbieters ist für sie zweitrangig.

Zahl der Ferientage ändert sich nicht

Die Zahl der Ferientage ist in Bayern unverändert. Insgesamt zählen 75 Werktage, davon mindestens 12 Samstage, zu den Ferien für die Schulen in Bayern. Die Grundlage dieser Regelung ist ein Staatsvertrag zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland.

Zwei Drittel der Befragten orientieren sich bei Suche nach dem optimalen Versicherungspaket an Markt- und Produktanalysen der Verbrauchermagazine sowie an Bewertungen der Ratingagenturen. Insbesondere die Generation der Beamten zwischen 30 bis 59 Jahren greift auf diese Art Informationsquelle zurück. Unabhängig vom Alter hören die Staatsdiener zudem auf Empfehlungen. Fast 60 Prozent orientieren sich an Erfahrungen aus dem unmittelbaren Freundes- und Kollegenkreis. Nur wenige suchen das Gespräch mit einem Berater.

Nur 15 Prozent geben an, bei der Auswahl von Vorsorge- und Versicherungsprodukten auf Versicherungsmakler oder Mehrfachagenten zurückzugreifen.

Dossier „Öffentlicher Dienst“

Das aktuelle Dossier „Öffentlicher Dienst“ der DBV-Winterthur entstand im Juni 2006 in Zusammenarbeit mit dem F.A.Z.-Institut und dem Marktforschungsinstitut forsa. Für die Studie wurden 500 deutschsprachige Bürger ab 18 Jahre sowie 500 Beamte und Angestellte ab 18 Jahre im öffentlichen Dienst befragt. Sowohl die interviewten Bürger als auch die befragten Bediensteten repräsentieren einen Querschnitt beider Personengruppen in Deutschland. Die Befragung erfolgte mittels computergestützter Telefoninterviews anhand von strukturierten Fragebögen. Die Ermittlung der Interviewpersonen wurde über eine mehrstufige systematische Zufallsauswahl durchgeführt.

Überarbeitet von Helmut Lang

Fest vorgegeben ist die Verteilung der Ferientage wie folgt:

1. Durch Urlaubsregelungen in Betrieben umfassen die Sommerferien eine Spanne von zwei mal drei Wochen, also sechs Wochen. Die genauen Termine, an denen die einzelnen Länder Ferien haben,

werden durch die Ministerpräsidentenkonferenz bundesweit beschlossen. Sie werden in der Regel fünf bis sieben Jahre im voraus festgelegt.

2. Traditionell gibt es in Bayern jeweils zwei Wochen Ferien an Ostern und Pfingsten.
3. Ein Landtagsbeschluss verlangt eine Woche Ferien in der Faschingszeit.
4. Nach Möglichkeit gibt es eine Woche „Herbstferien“ um Allerheiligen.
5. Die Weihnachtsferien werden möglichst so gestaltet, dass sie vor dem 24. Dezember beginnen und der

Feiertag Heilige Drei Könige eingebunden ist. Sie sollen in der Regel zwei vollständige Wochen umfassen.

Wenn allerdings in einem Jahr viele Feiertage auf Wochenenden fallen, dann kann es vorkommen, dass die Länge der Ferienzeiten an Weihnachten und um Allerheiligen geringfügig variieren. Dies betrifft auch die Schuljahre 2008/2009 und 2009/2010. Im Schuljahr 2008/2009 haben Bayerns Schüler vom 3. bis 5. November unterrichtsfrei. Die Schulferien werden genauso „abgerechnet“ wie die Urlaubstage von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Es gibt deshalb

„lehrer- und schülerfreundlichere“ und „ungünstigere“ Jahre. Den Lehrern und Elternverbänden sowie der sachkundigen Öffentlichkeit sind diese Zusammenhänge bekannt und werden auch immer wieder mit ihnen angesprochen.

- Im November 2008 und 2009 sieht die Ferienordnung vor, dass nur Montag bis Mittwoch schulfrei ist.
 - 2008 beginnen die Weihnachtsferien am Montag, den 22. Dezember.
 - 2009 beginnen die Weihnachtsferien am Montag, den 21. Dezember.
- Die Berufsschulen können bis zu zwei Tage von der Ferienordnung abweichen. <

Ferientage 2007-2010	2007/2008	2008/2009	2009/2010
Sommer	30.07.2007 – 10.09.2007	04.08.2008 – 15.09.2008	03.08.2009 – 14.09.2009
Allerheiligen	29.10.2007 – 03.11.2007	03.11.2008 – 05.11.2008	02.11.2009 – 04.11.2009
Weihnachten	24.12.2007 – 05.01.2008	22.12.2008 – 05.01.2009	21.12.2009 – 02.01.2010
Frühjahr	04.02.2008 – 09.02.2008	23.02.2009 – 28.02.2009	15.02.2010 – 20.02.2010
Ostern	17.03.2008 – 29.03.2008	06.04.2009 – 18.04.2009	29.03.2010 – 10.04.2010
Pfingsten	13.05.2008 – 24.05.2008	02.06.2009 – 13.06.2009	25.05.2010 – 05.06.2010



Wir wünschen unseren Mitgliedern ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2007.

Bücher / Medien

Titel: Hände weg! Aktiv gegen Minen und Streumunition“

Autor: Aktionsbündnis landmine.de
Verlag: landmine.de, Rykestraße 13, 10405 Berlin, Telefon 030-421 3686, E-Mail haake@landmine.de
Rezensenten: Inge Borowy, Margit Keil

Die CD ist in drei inhaltliche Abschnitte geteilt. Man findet „audio“- , „dokumente“- und „video“-Ordner, die jeweils zahlreiche Trailer, Geschichten, Filme, Reportagen usw. enthalten.

Ordner „audio“

Der Ordner „audio“ enthält zwei Trailer aus der Kampagne des Aktionsbündnisses landmine.de. Für den Unterricht wahrscheinlich am besten geeignet ist die Geschichte des Mädchens Sofia. Sie wird von Ulrike Folkerts, bekannt als Tatort-Kommissarin, vorgelesen (15 Minuten) und schildert eine dramatische Geschichte eines Kindes, das durch Landminen beide Beine und ihre Schwester verlor.

Ordner „dokumente“

Hier findet man 40 Dateien, bestehend aus unterschiedlichsten Materialien. Die für den Unterricht interessantesten werden hier genannt. So wird beispielsweise das „Angolanische Roulette“ vorgestellt. Es handelt sich um ein Spiel, das in Schulen betroffener Gebiete eingesetzt wird um die Kinder vor den Gefahren der Landminen aufzuklären und ihnen den richtigen Umgang mit der alltäglichen Gefahr zu zeigen. Ein weiteres Dokument liefert Informationen über den Einsatz und die Funktion von Minen. Unter dem Dokument „Minen und Blindgänger“ findet sich umfangreiches Informationsmaterial darüber, welche Länder besonders von Minen betroffen sind, wo Minen in Kriegen eingesetzt wurden, Minenopferzahlen usw. Die Geschäfte mit Minen und Streumunition werden in einem weiteren Dokument beleuchtet. Hier finden sich für den Unterricht gute Karikaturen und in-

formatives Material, welche die Doppelmoral der Hersteller beleuchten. Diese stellten gleichzeitig Minen und Minensuchfahrzeuge her und verdienen so während und nach dem Krieg. Weiterhin bietet die CD auch aktuelle Zahlen zur Bundeswehr und deren Mineinsatz. Das Dokument „Den Opfern helfen“ beschäftigt sich mit dem Zusammenhang Minen und Hungerproblematik sowie mit einer sinnvollen Minaenaufklärung. Es zeigt Vor- und Nachteile verschiedener Räummethoden und klärt über die medizinische und psychologische Hilfe der Opfer auf. „Die Ächtung der Minen“, die Ziel der Kampagne ist, wird noch einmal in einem Extra-Dokument mit Karikaturen, schon abgeschlossenen Verträgen und einer kurzen Chronologie der Ereignisse vertieft.

Ordner „video“

In diesem Ordner werden mehrere Videosequenzen gezeigt. Es handelt sich unter anderem um Aufnahmen von Luftangriffen und von Blindgängern im Irak. Zudem können Fernsehreportagen (Frontal 21, Brisant) und Informationssequenzen zum Thema Antipersonen- und Antifahrzeugminen abgefragt werden.

Umsetzung im Unterricht

In der Fach- und Berufsoberschule wäre die Einbindung der Thematik in das Lerngebiet 4 „Internationale Beziehungen“ möglich. Die Problematik der Landminen kann als Beispiel für den Lerninhalt „Institutionen und Maßnahmen der Friedenssicherung“ herangezogen werden.

Im Berufsschulunterricht ist im Lernziel „Internationale Beziehungen“ unter den Punkten „Krisen, Verlauf von Krisen, Mittel des Krisenmanagements“ eventuell ebenfalls Platz für eine Unterrichtseinheit zu dieser Thematik.

Die Vielzahl der Dateien im Ordner „Dokumente“ ist sehr textlastig und daher vor allem zur Information des Lehrers geeignet. Besonders die „video“- und „audio“- Sequenzen machen die Schüler betroffen, fördern Empathie und weitere affektive Lernziele. Sie regen zur weiteren Reflexion an und sind

daher für den Unterricht gut geeignet. Zu jeder Datei bietet das Bündnis landmine.de auch didaktische Hinweise für den Unterricht an. Diese sind teilweise als sinnvolle Ergänzung nützlich.

Generell bleibt festzuhalten, dass die Position der Hersteller dieser CD nachvollziehbar und begrüßenswert ist. Im Sinne eines kontroversen Unterrichts muss die Lehrkraft allerdings zusätzlich sicherstellen, dass alle Positionen beleuchtet werden. Mit Blick auf die einschlägigen Lehrpläne ist der Einsatz im Unterricht in jedem Fall kritisch zu hinterfragen. <

Nachrichtliches

Deutschlands beste Azubis 2006 in 212 IHK-Berufen ausgezeichnet

Bundeskanzlerin Merkel lobt hohe Qualität der Ausbildung

Die besten Azubis Deutschlands wurden in Berlin zum ersten Mal vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) ausgezeichnet. Sie kommen aus 212 Berufen.

Gastgeber DIHK-Präsident Ludwig Georg Braun betonte: „Die Feier soll zum einen den Stellenwert der dualen Ausbildung stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken. Zum anderen soll sie die Vielfalt der IHK-Berufe aufzeigen.“ Diese reicht vom beliebten Mechatroniker über den bekannten Koch, die Werbekauffrau und den Sport- und Fitnesskaufmann bis hin zum Weinküfer und zur Tierpflegerin.

Ehregast Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstrich in ihrer Festrede: „Die Veranstaltung des DIHK belegt die hohe Qualität der Berufsausbildung in Deutschland. Das duale Sys-

tem ist eine der Stärken des Wirtschaftsstandortes Deutschland.“ Merkel appellierte an die Unternehmen: „Unser Land braucht weiterhin gut ausgebildete Fachkräfte. Deshalb wünsche ich mir, dass die Unternehmen die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze noch weiter steigern.“ Alle Super-Azubis haben ihre Prüfung mit mindestens „sehr gut“ bestanden. Entscheiden musste letztlich oft sogar die zweite Stelle hinter dem Komma. Braun, der die feierliche Ehrung im Hangar 2 des Tempelhofer Flughafens vor rund 1000 Gästen vornahm, beglückwünschte die jungen Leute: „Sie haben eine Spitzenleistung vollbracht, auf die Sie sehr stolz sein können. Sie sind die besten Prüfungsabsolventen Deutschlands 2006 in Ihrem Beruf – und das bei einer Zahl von über 300000 Prüfungsteilnehmern! Sie haben damit die besten Voraussetzungen, erfolgreich ins Berufsleben durchzustarten.“

Von den 212 Bundesbesten sind 138 junge Männer und 74 junge Frauen. Das beste Prüfungsergebnis mit glatten 100 Punkten erreichte allerdings eine junge Frau, Stefanie Jetter, Verkäuferin aus Baden-Württemberg. Gelernt hat sie bei Aldi. Vertreten sind 14 von 16 Bundesländern.

In vier Berufen gab es gleich je zwei junge Leute, die mit exakt gleicher Punktzahl abschnitten und sich damit den Siegerplatz teilen dürfen. Ausgezeichnet schnitten die bayerischen Lehrlinge ab. In immerhin 41 Berufen stellten sie den Sieger.

Braun dankte ausdrücklich auch den ausbildenden Betrieben, die ebenfalls eine Urkunde erhalten werden: „Die herausragende Leistung Ihres Azubis ist zu einem großen Teil auch Ihre Leistung!“

Der DIHK-Präsident sprach sich in seiner Rede für eine Weiterentwicklung der dualen Ausbildung aus. Sie müsse vor allem zwei Anforderungen Rechnung tragen: Da sei zum einen der Wunsch der Betriebe nach immer stärker spezialisierten Fachkräften. Gleichzeitig sei es wichtig, dass Absolventen problemlos von einer Firma zur anderen wechseln könnten. Braun kündigte an, der DIHK werde hierzu in Kürze ein umfassendes Konzept vorlegen. <

BIBB-Forum für Ausbildungspersonal – jetzt noch attraktiver

Übersichtlicher, informativer, nutzerfreundlicher und barrierearm – so präsentiert sich www.foraus.de nach einer umfangreichen Überarbeitung. Das virtuelle Informations- und Kommunikationsforum des BUNDESINSTITUTS FÜR BERUFSBILDUNG (BIBB) für das Ausbildungspersonal ist durch die Verbesserung von Service-Leistungen und die Erweiterung seines Angebots jetzt noch attraktiver.

Mit zurzeit 7.700 registrierten Mitgliedern – Tendenz stetig steigend – repräsentiert FORAUS.DE die größte Online Community für das Ausbildungspersonal in Deutschland. Das BIBB unterstützt mit diesem Forum Ausbilder und Ausbilderinnen bei ihrer täglichen Arbeit in Betrieben, überbetrieblichen Bildungsstätten und Bildungseinrichtungen, Lehrern und Lehrerinnen an Berufsschulen sowie Dozenten und Dozentinnen in der Weiterbildung.

Und das hat sich durch den „Relaunch“ verbessert:

- Eine übersichtlichere Navigation erleichtert das schnelle Auffinden von ausbildungsrelevanten Informationen, Lernbausteinen und Weiterbildungsangeboten.
- Der umfangreiche News-Bereich wurde um eine aktuelle Veranstaltungsübersicht erweitert.
- Modernere Foren-Software verbessert die Community- Funktionen des Mitgliederbereichs.
- Funktionen zur individuellen Einstellung von Farbgestaltung, Seitenaufbau und Textgröße erleichtern behinderten Menschen den barrierearmen Zugang zum Online-Angebot von FORAUS.DE

FORAUS.DE wurde vom BIBB 2001 ins Leben gerufen und dient dem Ausbildungspersonal kostenlos als Informationsbörse und Diskussionsplattform über aktuelle Fragen des Ausbildungsalltags. Es umfasst zurzeit 42 themenspezifische Foren, die von Experten und Expertinnen moderiert werden. Dabei

reicht die Themenbreite von Fragen des Ausbildungsalltags wie „Gestaltung des ersten Ausbildungstages“ oder „Elektronisches Berichtsheft“ über Fragen zu Ausbildungsmethoden wie z. B. „Auftragsorientiertes Lernen“ oder „Prozessbezogene Ausbildungsordnungen umsetzen“ bis hin zur „Qualifizierung des Ausbildungspersonals“.

Anregungen und weitere Themenvorschläge für moderierte Foren richten Sie bitte an redaktion@foraus.de. Informieren Sie sich weiter unter www.foraus.de

Autorenverzeichnis

Käfler, Hans

VLB-Landesvorsitzender
BS, Am Fernsehturm 1, 94036 Passau,
Tel.: 0851 - 959 13 00

Dr. Kellner, Gerhard

BS, Stockerhutweg 51, 92637 Weiden,
Tel.: 0961 - 206-0

Lambl, Wolfgang

stellvertr. VLB-Landesvorsitzender
und Hauptpersonalrat
Gramschater Ring 6, 97222 Rimpar,
Tel.: 09363 - 5278

Lang, Helmut

VLB-Versicherungsbeauftragter
Oberer Geisbergweg 34, 97234
Reichenberg, Tel.: 09 31 - 66 17 29

Leischner, Dietmar

Robert-Koch-Str. 10, 85521 Otterbrunn,
Tel.: 089 - 608 36 10

Oschmann, Thomas

BS, Seestr. 11, 97688 Bad Kissingen,
Tel.: 09 71 - 7 20 60

Pohlmann, Heiko

VLB-Referent für Lehrerbildung
Kappellenstr. 82, 82239 Alling,
Tel.: 08141 - 81 85 24

Schwandt, Margit

BS, Bezoldweg 31, 91541 Rothenburg,
Tel.: 09861 - 3094

Thiel, Peter

Am Happach 40 97218 Gerbrunn,
Tel.: 09 31 - 70 76 91

Aus aktuellem Anlass

Steueränderungsgesetz Arbeitszimmer für Lehrkräfte – Informationspaket

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

wie Sie inzwischen erfahren haben, ist ab 2007 für Lehrkräfte ein steuerlicher Abzug der Kosten für das Arbeitszimmer nicht mehr möglich. Die Lehrerverbände im dbb haben sorgfältig geprüft, wie nun vorzugehen ist und leiten Ihnen deshalb ein entsprechendes Informationspaket zu. Die Verbände danken dem Kollegen Ernst Bizer vom VLW NRW für die Erstellung des Paketes sehr.

Die Vorgeschichte

Die Lehrerverbände im dbb und der dbb beamtenbund und tarifunion selber haben als Interessenvertretungen der Lehrkräfte zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um die damals drohende und nun gesetzlich vollzogene Streichung der steuerlichen Absetzbarkeit des Arbeitszimmers für Lehrkräfte zu verhindern. Liest man die Protokolle über die Parlamentsberatungen zum Thema durch, so ist der Steuerzahler erschrocken, wie unbekümmert die Parlamentarier über ein so wichtiges steuerpolitisches Instrument wie die Abschaffung der steuerlichen Anerkennung des Arbeitszimmers hinweggegangen sind und freudig fast ohne jede Diskussion zugestimmt haben. Ähnlich verhielten sich die Finanzminister, allen voran der Bundesfinanzminister Steinbrück aber auch die Landesfinanzminister. Die Bundeskanzlerin hat den Verbänden auf einen Brandbrief hin noch nicht einmal geantwortet. Enttäuschend ist die Haltung der Schulminister gewesen, die zunächst zugesichert haben, die Lehrkräfte zu unterstützen, sich dann aber nicht mehr öffentlich geäußert haben. Konsterniert haben die Lehrerverbände die Antwort der 2006 amtierenden Präsidentin der KMK zur Kenntnis genommen, dass die Lehrkräfte nun über Tarifverhandlungen einen Ausgleich fordern sollten.

Briefe von Mitgliedern an die Schulträger bzw. an die Dienstherren, mit denen adäquate Arbeitsplätze eingefordert wurden, haben nicht zum Erfolg geführt. Diese Aktion ist sehr wichtig, da damit im Rechtsstreit vor Finanzgerichten nachgewiesen werden kann, dass es einfach keinen adäquaten Arbeitsplatz gibt. Daher wird jedem Mitglied empfohlen, ein solches Schreiben an die zuständige Behörde zu richten. Damit dieses Anliegen nicht damit abgespeist wird, das genügend Klassenräume am Nachmittag zur Verfügung stünden, muss die Forderung auf einen amtsangemessenen, den Vorgaben von Arbeitsstättenverordnung und Sicherheitsregeln für Büroarbeitsplätze entsprechenden und den Anforderungen des Gesundheitsschutzes genügenden Arbeitsplatz gerichtet sein.

Rechtsschutzverfahren

Der dbb wird Musterverfahren führen, um die steuerliche Absetzbarkeit des Arbeitszimmers gerichtlich durchzusetzen. Bitte beachten Sie, dass Sie nur dann sicher an dem möglichen Erfolg eines solchen Prozesses teilhaben, wenn Sie einen Einspruch gegen die nicht erfolgte Anerkennung der steuerlichen Absetzbarkeit des Arbeitszimmers eingelegt haben. Ein solcher Einspruch, der gegen den Steuerbescheid für 2007 einzulegen ist, kann nach dem beigefügten Muster eingereicht werden. Insoweit kann also abgewartet werden, bis ein entsprechender Steuerbescheid ergeht. Der dbb wird in ausgesuchten Musterverfahren bereits vorher tätig werden.

Damit Sie in diesen Verfahren grundlegend informiert sind und eventuell tätig werden können, finden Sie die verschiedenen Informationsbausteine und Anschreiben auf der VLB-Homepage unter:

www.vlb-bayern.de/dienstrecht

Wir werden Sie in VLB-akzente über die weitere Entwicklung auf dem Laufenden halten.